



DAS
MAGAZIN
DER
GRÜNEN

4 | 2023



***GEMEINSAM
FÜR
EUROPA***

KEINE ZEIT



FÜR KEINE ZEITUNG

Nur wer versteht, kann auch für etwas einstehen. Keine Debatte? Steht nicht zur Debatte. Wir wollen mehr als News – wir wollen Neues. Ungestellte Fragen. Echte Antworten. Stimmen, die man woanders nicht hört. Deshalb eine radikale Zeitung: Unabhängig, solidarisch und mit Haltung.

taz zeitung für morgen

10 WOCHEN
NUR 10 EURO
TAZ.DE/ABO



taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

EDITORIAL

Europa schützt uns. Lasst es uns schützen.



Europa – das bedeutete für mich seit jeher: Familie. Meine Cousine lebt in Frankreich, meine Großeltern lebten in Spanien. Bei meinem ersten Besuch dort war ich gerade sechs Wochen alt. Grenzen überschreiten ohne Schranken und Kontrollen – damit durfte ich aufwachsen. Später lernte ich eine weitere Bedeutung Europas kennen: Demokratie. Mich begeisterte die Arbeit in Jugendverbänden auf europäischer Ebene. Ich durfte erleben, wie viele Gemeinsamkeiten die Menschen in Europa trotz aller Vielfalt haben. Und wie viel wir erreichen können, wenn wir uns darauf besinnen.

Ein geeintes Europa schützt uns. Deshalb müssen wir es schützen. Wir brauchen eine handlungs-

fähige EU, die für Wohlstand und soziale Sicherheit im Einklang mit Natur und Klima sorgt. Und die nach innen wie nach außen selbstbewusst für Frieden, Freiheit und Demokratie eintritt.

Dafür kämpfen wir, allen voran unsere grüne Europagruppe. Mit Tatkraft, Ausdauer und Mut treten unsere Abgeordneten im EU-Parlament für einen Green Deal ein, der Europas Wirtschaft und Infrastruktur klimaneutral modernisiert und zukunftssicher aufstellt. Sie weisen Autokraten und Rechtspopulist*innen in ihre Schranken und bieten auch Google und Facebook die Stirn, wenn deren Plattformen unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Was sie in Straßburg und Brüssel ins Rollen bringen, verbessert das Leben jeder und jedes Einzelnen in der EU: ob es flächendeckende Ladestationen für E-Autos sind – oder ein einheitliches Stromkabel für alle Handys und Tablets.

Mit diesen Erfolgen im Rücken starten wir kraftvoll in das Europawahljahr 2024. Auf unserer Bundesdelegiertenkonferenz haben wir die Weichen für einen erfolgreichen Wahlkampf gestellt: mit unserem Programm für ein Europa, das uns schützt und stark macht. Und mit unseren Kandidat*innen für das EU-Parlament (siehe Seite 30). Herzlichen Glückwunsch, liebe Terry Reintke, zu deiner Wahl zur Spitzenkandidatin! Und herzlichen Dank an alle Teilnehmer*innen der BDK: für vier spannende, intensive Tage und für das Vertrauen, das ihr uns, dem Bundesvorstand, erneut entgegengebracht habt. Ich freue mich auf die Aufgaben, die vor uns liegen. Gehen wir es an!

Eure Emily

P.S.: Unser Magazin erscheint erstmals im neuen Grundlagendesign. Wir hoffen, euch gefällt der neue Look!

DAS MAGAZIN DER GRÜNEN

INHALT



GRÜNE IN EUROPA WAS WIR ERREICHT HABEN

Europawahl 2019: Eine grüne Welle erfasst Westeuropa, die deutschen Grünen knacken sogar die 20-Prozent-Marke. 21 Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen vertreten Deutschland seither im EU-Parlament – und haben viel bewegt: für Wohlstand, Klimaschutz und Zusammenhalt. Das zeigt unsere Leistungsbilanz, die sich als roter Faden durch diese Ausgabe zieht.

WORAUF ES ANKOMMT

Was bedeutet uns Europa? Und wie sieht die EU aus, in der wir leben wollen? Die Illustratorin Anna Parini hat sechs Visionen für ein Europa entworfen, das uns schützt und eint – ihr findet sie verteilt über diese Ausgabe. Die Italienerin lebt und arbeitet in Barcelona. Ihre starken visuellen Metaphern sind in den namhaftesten Publikationen weltweit zu sehen – etwa im „New Yorker“ oder dem „Guardian“.



Bild: Urban Zintel

„Es gibt jede Menge Gründe zu feiern“

Europa schützt und stärkt uns in der Welt. Die Aufgabe guter Politik ist es, zu erhalten, was uns stärkt und zu stärken, was uns schützt. Dafür treten die Grünen im EU-Parlament an und bilden die viertstärkste Fraktion, gemeinsam mit Mitstreiter*innen aus verschiedensten Ländern und politischen Traditionen. In Bundesregierung und Bundestag – die über den Europäischen Rat und den Ministerrat die EU-Politik mitbestimmen – befinden sich die Grünen in einer komplexen Dreiparteienkoalition.

Der grüne Einfluss sorgt für mehr Klimaschutz, mehr Demokratie und mehr Zusammenhalt in der EU. Wie gelingt das eigentlich? Und wie hart ist der Kampf dafür? Wir sprachen mit zweien, die es wissen müssen: Terry Reintke, Spitzenkandidatin der Grünen für die Europawahl 2024, und Toni Hofreiter, Vorsitzender des Europa-Ausschusses im Bundestag.

Terry, ich habe Fotos gesehen, auf denen du ganz oben aus der Luke eines Windrads herauschaust. Sieht waghalsig aus. Braucht man Courage für die Arbeit im Europäischen Parlament (EP)?

Terry Reintke: Es war weniger gefährlich, als es aussieht. Ich war gut gesichert. Aber natürlich braucht man für Politik immer Mut. Dafür darf man in Europa an großen, historischen Momenten beteiligt sein. Ich erinnere mich an eine Live-Schalt ins ukrainische Parlament, wo 2014, in meinem ersten Jahr im EP, das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU ratifiziert wurde.

Anton Hofreiter: Zum Thema Mut: Auf europäischer Ebene werden Dinge in Angriff genommen, die sich auf nationaler Ebene niemand traut. Nehmen wir das Gesetz, dass es für tragbare Elektrogeräte einheitliche Ladekabel geben muss (siehe Seite 19). Das klingt trivial – aber für Apple, immerhin der reichste börsennotierte Konzern, war das ein Frontalangriff.

Dazu gehört allerdings auch Durchhaltevermögen. Der Kampf fürs Ladekabel, den die Grünen intensiv fochten, dauerte rund zehn Jahre...

Reintke: Ja, man braucht einen langen Atem. Auch etwa beim Thema Gewalt gegen Frauen: Wir haben

WOHLSTAND

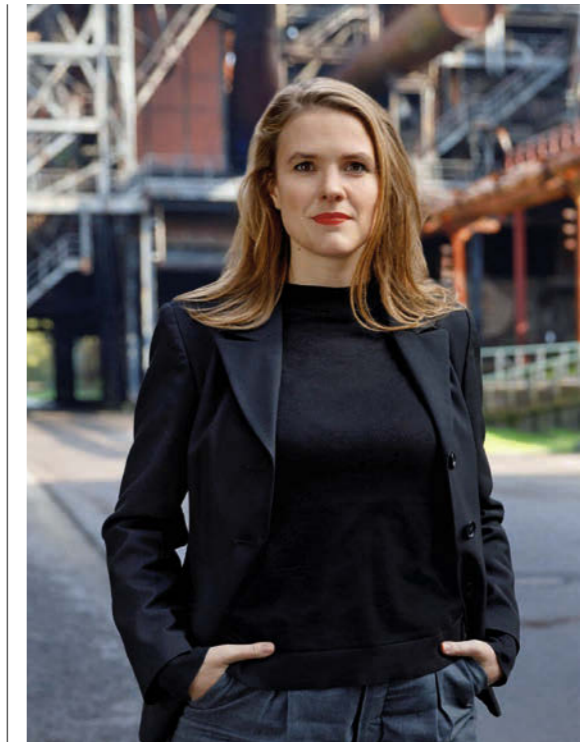
Die EU ist ein Motor für Wachstum und Beschäftigung und sichert damit unseren Wohlstand. Gerade für ein exportorientiertes Land wie Deutschland ist der EU-Binnenmarkt ein Segen: Produkte und Dienstleistungen aus Thüringen oder Hessen werden zwischen Malta und Lapland gehandelt, als lägen diese Orte nur wenige Kilometer entfernt. Würde die EU aufgelöst, hätte das große Wohlstandsverluste zur Folge. In Deutschland sank das Bruttoinlandsprodukt um 5,2 Prozent, in Belgien etwa wären es gar 10,2 Prozent*. Die Grünen setzen alles daran, die europäische Wirtschaft klimaneutral zu modernisieren, sodass sie auf den Märkten der Zukunft vorn mitspielt und im Rennen mit China und den USA nicht ins Hintertreffen gerät. Das ist auch der Schlüssel zu guten Arbeitsplätzen und fairen Löhnen – und damit zu mehr sozialer Sicherheit in ganz Europa.

*laut Studie des ifo Instituts, Februar 2023



„EUROPEAN GREEN DEAL“: EUROPA AUF KLIMAKURS

Die „grüne Welle“ trägt Früchte: Mit einem Sensationswahlergebnis im Rücken machten sich die Grünen im Europäischen Parlament 2019 an die Arbeit. Das Ziel: Europas Wohlstand sichern und die EU auf Zukunfts- und Klimakurs bringen. Seither hat sie entscheidende Schritte in Richtung Klimaneutralität unternommen – und zugleich die Modernisierung der Wirtschaft vorangetrieben, um dauerhaft auf den Märkten der Zukunft mitzuspielen. Die europäischen Grünen waren Treiber beim ersten EU-Klimagesetz und bei der Einrichtung eines europäischen Klimarats. Das Gesetz zum Ausbau der erneuerbaren Energien legt nun fest, dass ab 2030 45 Prozent aller Energie in der EU aus Sonne, Wind & Co. gewonnen wird. Das bedeutet: Bis zum Jahr 2030 müssen jeden Tag 20 neue Windkraftanlagen und 17 Fußballfelder voller Solaranlagen entstehen. Und: Mit der Reform des CO₂-Preises wird es teurer, das Klima zu verschmutzen. Dreckige Kohlekraftwerke werden unwirtschaftlich, so gelingt der Kohleausstieg in ganz Europa. Wer hingegen klimafreundlich heizt, fährt und wirtschaftet, wird belohnt. Das ist das grüne Rezept für klimaneutralen Wohlstand.



TERRY REINTKE

36, wurde 2014 ins Europäische Parlament gewählt. Für ihr Engagement in der #MeToo-Bewegung zeichnete sie das „Time Magazine“ 2017 zusammen mit anderen Frauen als „Person of the Year“ aus. Seit 2022 ist Reintke Co-Vorsitzende der Grünen/EFA-Fraktion im EU-Parlament. Nun führt sie die deutschen Grünen als Spitzenkandidatin in den Europawahlkampf.

jahrelang gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und unterschiedlichsten politischen Akteuren Druck gemacht. Haben so lange gebohrt, bis die Kommission endlich bereit war, einen Vorschlag zu unterbreiten: den Beitritt zur Istanbul-Konvention. Die Konvention ist das erste Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Eine Besonderheit unserer grünen Fraktion im europäischen Parlament ist ja auch, dass wir NGOs, Verbänden und anderen Gruppen eine Stimme verschaffen wollen. Eine große Hürde ist, dass in Europa ausschließlich die Kommission Gesetzesentwürfe machen darf – und nicht etwa das EP. Das wollen wir ändern. **Hofreiter:** Leider gibt es auch noch immer keine ausreichende europäische Öffentlichkeit. Im Bundestag kannst du Druck ausüben, indem du Aufmerksamkeit für ein Thema schaffst. So war es ja nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, als die öffentliche Debatte den Kanzler dazu drängte, seine Entscheidungen etwas zügiger zu treffen. In Europa klappt das oft nicht.

Bild: Cornelis Gollhardt



QUER DURCH EUROPA – MIT VOLLEM AKKU

Wer in der EU mit einem Elektroauto unterwegs ist, soll keine Angst mehr haben müssen, liegen zu bleiben. Dafür haben sich die grünen EU-Abgeordneten erfolgreich eingesetzt. Bis 2026 müssen Mitgliedsländer auf Hauptverkehrsachsen mindestens alle 60 Kilometer eine Schnellladesäule für E-Autos aufstellen – bis 2030 gilt dies auch auf Nebenstrecken. Das macht E-Autos attraktiv und fördert den Zukunftskurs der Branche in Europa. Die grünen Abgeordneten haben außerdem einem Ladensäulenwarr vorbeugt: Ladepreise müssen EU-weit einheitlich in Kilowattstunden angegeben werden und Kund*innen können überall mit Karte bezahlen. Strom laden ist damit künftig so einfach wie tanken. Und so schließt sich der Kreis bei der Antriebswende. Denn das weitgehende Aus des Verbrennermotors ab 2035 hat die EU ebenfalls beschlossen. Ein neues Zeitalter der Mobilität beginnt.

Dennoch gelingt es den Grünen, in Europa Akzente zu setzen. Viele Beispiele dafür zeigen wir in dieser Ausgabe. Wie schafft man das?

Reintke: Alle, die eine Entscheidung im EP herbeiführen wollen, müssen schauen, wie sie eine Mehrheit organisieren. Es gibt eine regelrechte Kaffee-diplomatie im Parlamentsgebäude. Am Ende sind wir alle aufeinander angewiesen – und das führt dazu, dass wir sehr sachorientiert und zielführend diskutieren. Ansonsten würde ein so komplexes Gebilde wie die Europäische Union nicht funktionieren. Ich habe beispielsweise bei LGBTI-Themen auch konservative Gesprächspartner*innen wie die engagierte irische Abgeordnete Maria Walsh. Für uns Grüne funktioniert dieses Networking sehr gut. Wir sind oft sehr viel einflussreicher, als es unser Status als viertgrößte Fraktion nahelegen würde. Für mich ist das eine sehr konstruktive Art, Politik zu machen.

Was bedeutet dieses Netzwerken für euch persönlich? Wie viel ist man dafür auf Achse?

Reintke: Wenn mich Leute fragen, wo ich wohne, sage ich immer: Ich kenne die Karte des ICE-Bordbistros auswendig. Wir haben 40 Tagungswochen im EP, und ich fahre regelmäßig in die Mitgliedsstaaten – auch dorthin, wo die Grünen wenige oder keine EU-Abgeordneten haben. Nicht nur deshalb bin ich ein Fan von Nachtzügen – es wäre insgesamt so wichtig, das Netz in Europa besser auszubauen.

Hofreiter: Auch für uns vom Europa-Ausschuss ist es wichtig, unterwegs zu sein, regelmäßig die Mitgliedsstaaten zu besuchen, aber auch die zehn Beitrittskandidaten und die assoziierten Staaten wie Großbritannien



„Wir sind oft sehr viel einflussreicher, als es unser Status als viertgrößte Fraktion nahelegen würde.“

TERRY REINTKE

und Norwegen. Und ich bin ja auch in Deutschland und Bayern unterwegs. Da muss man Schwerpunkte setzen.

Terry, wie muss ich mir die Grüne/EFA-Fraktion im Europaparlament vorstellen? Wie bunt ist das?

Reintke: Wir sind die größte grüne Fraktion, die es je im EP gegeben hat. Dazu gehören nicht nur Grüne, sondern auch Piraten, Kleinstparteien wie VOLT oder die ÖDP und die progressiven Regionalisten, etwa aus Schottland und Katalonien. Die bringen natürlich manchmal auch andere Standpunkte mit, zum Beispiel bei Fischereifragen. Insgesamt tut uns diese Vielfalt aber sehr gut.

Die Länderzugehörigkeiten spielen für euch keine Rolle mehr?

Reintke: Zwischen den Ländern unterscheiden wir uns eher in Nuancen. Insgesamt ist es für deine Position oft wichtiger, ob du Sozialpolitiker*in oder Klimapolitiker*in bist. Aber politische Traditionen spielen eine Rolle. Ob in deinem Herkunftsland beispielsweise ein Mehrheits- oder proportionales Wahlrecht gilt, beeinflusst deinen Umgang mit politischen Konflikten. Grundsätzlich sind wir eine Fraktion, die sich sehr an der Gemeinschaft orientiert.

Toni, du bist Vorsitzender des Europa-Ausschusses im Bundestag. Wie könnt ihr von dort aus Europa mitgestalten?

Hofreiter: Wir sind sozusagen das Verbindungsstück zwischen den europäischen Institutionen und dem Bundestag. Wir befassen uns als Querschnittsausschuss mit vielen Themen: vom Green Deal (siehe Seite 5) über die Unterstützung der Ukraine bis hin zum Westbalkan und zur Sicherheits- und Migrationspolitik. Gleichzeitig sind wir der erste Ansprechpartner

ANTON HOFREITER

53, ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2013 bis 2021 war der promovierte Biologe neben Katrin Göring-Eckardt Vorsitzender der grünen Bundestagsfraktion. Seit 2021 ist er Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Bild: Paul Bohmert

bei Grundsatzfragen der europäischen Integration. Da geht es beispielsweise um Reformen der EU und die Erweiterung um neue Mitgliedstaaten. Wir sind außerdem in engem Austausch mit allen nationalen Parlamenten Europas und versuchen, unseren Abgeordnetenkolleg*innen zu vermitteln, wie sich die verschiedenen europäischen Partner aus welchen Gründen positionieren. Es ist ja wichtig, dass wir diese Standpunkte verstehen und berücksichtigen. Schließlich spielt der Bundestag als das Parlament eines der großen und mächtigen Mitgliedstaaten der EU eine wesentliche Rolle bei den Diskussionen um neue Verordnungen und Richtlinien.

Wir sind uns ja als Deutsche selten bewusst, dass diese Dominanz für die anderen EU-Mitglieder sehr unangenehm sein kann.

Hofreiter: Deutschland hat in Europa ein ähnliches Problem wie die USA in der Welt. Wir sind so groß und mit uns selbst beschäftigt, dass wir nicht immer sehen, was sonst noch passiert. Gerade auch in kleineren Ländern. Eine der wichtigen Aufgaben des Europaausschusses ist es, dieses Wissen auch in die deutschen Debatten einzuspeisen.

Reintke: Diese Form des Auftretens galt übrigens ganz besonders gegenüber Zentral- und Osteuropa. Gerade in der Ukrainefrage hat sich das in seiner ganzen Brutalität gezeigt.

Hofreiter: Lange Jahre hat Deutschland sich direkt mit Russland verständigt, ohne

die Interessen der europäischen Partner zu berücksichtigen. So nach dem Motto ‚Macht euch keine Sorgen, wir haben das schon im Griff‘. Das Ergebnis haben wir am 24. Februar 2022 gesehen. Aber auch unser Umgang mit Spanien und Griechenland während der Eurokrise war beschämend. Man bedenke nur, dass die spanische Staatsverschuldung zu Beginn der Krise niedriger war als die Deutschlands.

Wie würdet ihr den Zustand der Europäischen Union aus grüner Perspektive beschreiben, speziell was den Green Deal, aber auch die Gefahr eines Rechtsrucks angeht?

Reintke: Die beiden Aspekte sind eng miteinander verknüpft. Etwa in der Debatte um das europäische Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (siehe Seite 17). Manche stellten das so dar, als ginge es bloß um ein paar Schmetterlinge. Dabei handelt es sich um eine zentrale Säule des Green Deal. Wenn Manfred Weber (CSU-Politiker und Chef der Europäischen Volkspartei im EP, d. Red.) dieses Gesetz torpediert, um seiner konservativen Fraktion eine Brücke zu rechtsautoritären Kräften zu bauen, ist das brandgefährlich. Wir müssen

„Es ist uns ein Green Deal gelungen, der viel besser ist, als man hätte erwarten können.“

ANTON HOFREITER

diese Normalisierung von Rechtsextremismus stoppen und andere Mehrheiten organisieren. Das wird eine harte Auseinandersetzung.

Hofreiter: Da müssen wir auch Söder und Merz in die Pflicht nehmen. Deren Gerede von der Brandmauer gegen Rechts ist nichts wert, wenn ihr Statthalter in Europa diese an allen Ecken und Enden einreißt. Aber nun zum Positiven: Lasst uns auch mal feiern, was in den letzten Jahren in Europa erreicht worden ist! Es ist gelungen, dass die Republik Moldau und die Ukraine Kandidatenstaaten sind. Wir haben elf Sanktionspakete durchgebracht, haben die Ukraine massiv unterstützt. Es ist uns ein Green Deal gelungen, der viel besser ist, als man hätte erwarten können. Selbst die CO₂-Grenzsteuer haben wir durchgesetzt. In vielerlei Hinsicht ist das sensationell. Wenn man mich vor fünf Jahren gefragt hätte, ob der EU ein gemeinsames Auftreten gegenüber Putin gelingt, hätte ich das nicht für möglich gehalten.

Reintke: Ich möchte zu den Erfolgen die Mindestlohnrichtlinie, die Lohntransparenzrichtlinie und den EU-Beitritt zur Istanbul-Konvention hinzufügen. Das zeigt doch, dass sich dieser angeblich so schwerfällige Tanker in neue Fahrwasser begeben kann. Und man sieht ja auch, wie konzeptionslos die Nationalist*innen und Autoritären sind, was die globalen Herausforderungen angeht. Die haben auf all diese Fragen überhaupt keine Antworten. Unsere Erzählung ist wahnsinnig stark. Sie macht das Leben der Menschen besser.

ANZEIGE

Karriere
mit
frischem
Wind



www.jobzukunft-wind.de



BWE
Bundesverband WindEnergie

Bild: iStock/CharlieChesvick

UMWELT- UND KLIMASCHUTZ

Menschen aus allen Teilen der Erde wollen in der EU leben und arbeiten. Der Grund: die einzigartige Lebensqualität. Sie ist unmittelbar mit den natürlichen Grundlagen Europas verbunden: mit einem milden Klima, fruchtbaren Böden, sauberer Luft, gesunden Wäldern und Meeren. Doch diese Grundlagen sind bedroht: durch Klimawandel, Zerstörung von Ökosystemen und Naturkatastrophen. Die Grünen kämpfen dafür, dass der „European Green Deal“ (siehe Seite 5) seine volle Wirkung entfaltet. Das heißt: Europas Wirtschaft, Mobilität, Infrastruktur und Energieversorgung müssen konsequent auf klimaneutrale Füße gestellt und zerstörte Lebensräume in Europa renaturiert werden. Von der Sonnenenergie Andalusiens bis zur Windkraft an der Nordsee: Günstige, saubere Energie ist entscheidend im Kampf gegen die Klimakrise – und sichert die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Zukunft.

VON CLAUDIA TEIBLER

„Aktivist*innen sind unsere Augen und Ohren“

Wie viel haben die Verordnungen und Richtlinien der EU mit den Bedürfnissen der Menschen in Europa zu tun? Eine ganze Menge. Sie speisen sich oft aus Anliegen, für die sich Bürger*innen leidenschaftlich einsetzen. Gerade grüne EU-Abgeordnete agieren häufig im Schulterschluss mit Aktivist*innen vor Ort – und geben ihnen eine Stimme in einem Parlament, das 450 Millionen Menschen vertritt. So münden Impulse aus der Zivilgesellschaft in Gesetzen, die Demokratie, Zusammenhalt oder Klimaschutz in der EU voranbringen. Wir haben mit drei Menschen gesprochen, die für solche Impulse sorgen. Sie kämpfen in ihren Heimatländern für mehr Medienfreiheit, gegen Korruption oder für ein Recht auf Reparatur.

MORD UND EINSCHÜCHTERUNG – DER KAMPF UM DIE MEDIENFREIHEIT

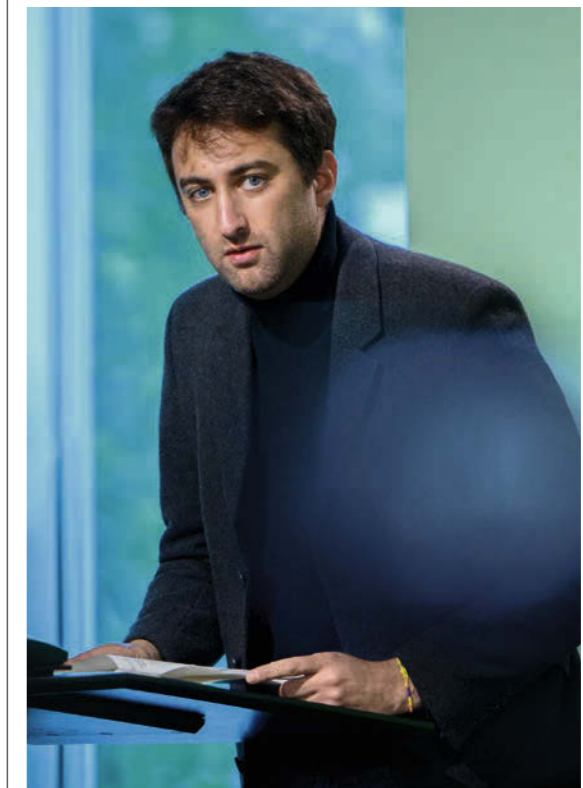
Als Matthew Caruana Galizia am Nachmittag des 16. Oktober 2017 einen lauten Knall hörte, dachte ein Teil von ihm zunächst, es wäre nur ein Gastank explodiert. Tief im Inneren aber wusste er augenblicklich, dass etwas Furchtbares geschehen war. Eine Bombe hatte das Auto, mit dem seine Mutter, die Investigativjournalistin Daphne Caruana Galizia, soeben losgefahren war, in Stücke gerissen.

Der brutale Mord machte all jenen, die ganz Europa bislang für einen Hort der Meinungs- und Pressefreiheit und Malta für eine friedliche Ferieninsel gehalten hatten, erschreckend klar, wie die Realität tatsächlich aussieht. Daphne Caruana Galizia hatte bis zum Zeitpunkt ihres Todes daran gearbeitet, die Verstrickungen maltesischer Politiker in den Panama-Papers-Skandal um Schwarzgeld und Korruption aufzudecken. „Es hatte schon vorher Drohungen gegen unsere Mutter gegeben. Doch keiner von uns hatte gedacht, dass sie wirklich so weit gehen würden“, sagt Matthew Caruana Galizia. „Seither kämpfe ich gemeinsam mit meiner Familie um Gerechtigkeit für meine Mutter.“

Mit seinen beiden Brüdern gründete er die Daphne Caruana Galizia Foundation. Sie wollen restlos auf-

klären, wer die Drahtzieher*innen hinter dem Attentat waren, das die Journalistin mit nur 53 Jahren aus dem Leben riss. Doch das ist nur eines der Anliegen der Stiftung. „Wir setzen uns für bessere Rahmenbedingungen für journalistische Arbeit ein, zunächst in Malta selbst“, erklärt Matthew Caruana Galizia. „Die Medien hier befinden sich mehr oder weniger unter staatlicher Kontrolle, das macht investigatives Arbeiten ebenso schwierig wie die permanente Bedrohung, der Journalist*innen ausgesetzt sind.“

Dabei geht es nicht nur um die Gefahr für Leib und Leben – sondern auch um mangelnde Rechtssicherheit. Daphne Caruana Galizia wurde mit unzähligen Prozessen überzogen. „SLAPP“ wird diese Praxis genannt: strategic lawsuits against public participation – strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung. Damit sollen Journalist*innen, NGOs und Aktivist*innen mundtot gemacht werden. SLAPP-Klagen sind oftmals juristisch haltlos – es geht darum, die Gegenseite mit der Aussicht auf jahrelange Verfahren und hohe Prozesskosten so sehr einzuschüchtern, dass sie aufgibt. Auch dagegen kämpft die Stiftung. Wirklich wirksam allerdings wäre nur



MATTHEW CARUANA GALIZIA

ist Investigativjournalist und Software-Entwickler. Nach dem Mord an seiner Mutter gründete er mit seinen Brüdern die Daphne Caruana Galizia Foundation. Ein ausführliches Interview mit ihm bietet der „European Greens Podcast“ in der Folge vom 6. Februar 2023.



MEGA-SCHUB FÜR MIKROCHIPS UND ZUKUNFTSTECHNOLOGIE

Smartphones, Autos, Waschmaschinen, Wärmepumpen – sie alle haben eines gemeinsam: Sie laufen mit hochentwickelten Mikrochips, die aus Halbleitern bestehen. Ohne Chips geht gar nichts in unserer digitalen Welt. Sie werden heute vor allem in Asien und Nordamerika hergestellt. Die Industrie in der EU ist von den Produzenten dort abhängig – und leidet immer wieder unter Chip-Engpässen. Das soll sich nun ändern: Der „Chips Act“ der EU kurbelt die Halbleiter-Produktion in Europa mit Milliardensummen an – ein entscheidendes grünes industriepolitisches Instrument für nachhaltiges Wirtschaften. Neben Großprojekten werden auch Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen gezielt unterstützt, zum Beispiel bei der Ausbildung qualifizierter Fachkräfte – dafür haben sich die Grünen im Europäischen Parlament stark gemacht. Ein grüner Erfolg ist es auch, dass der Chips Act einen Fokus auf eine umwelt- und klimafreundliche Produktion von Halbleitern legt.

Bild: Stephan Röhl



SCHRANKEN
FÜR GOOGLE
UND FACEBOOK

Hass, Hetze, Desinformation: Das Netz ist voll davon – auch aufgrund der Praktiken der großen Plattformen, die damit viel Geld verdienen. Nun werden sie in die Pflicht genommen. Gegen heftigen Widerstand von Google und Facebook haben die Grünen im EU-Parlament erfolgreich für das „Digitale-Dienste-Gesetz“ gekämpft, das gegen die Gefährdung der Demokratie durch dominante Internetplattformen vorgeht. Die Big-Tech-Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko bewerten, das ihre Algorithmen für die Gesellschaft darstellen – und Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf grünen Druck hin erhalten Wissenschaftler*innen und NGOs Zugang zu den Daten der Plattformen, um deren Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu machen. Besonders erfolgreich traten die grünen Abgeordneten auch dafür ein, dass Konzerne nicht einfach alle Daten von Nutzer*innen absaugen können, um ihnen passgenau Werbung und Inhalte auszuspielen. Die Daten Minderjähriger dürfen gar nicht mehr dafür genutzt werden. Bei Erwachsenen dürfen sensible Daten (etwa politische Meinung oder sexuelle Orientierung) nicht mehr für Werbezwecke verwendet werden.

„Wer europäische Werte
mit Füßen tritt, bekommt dafür
die Quittung aus Brüssel!“

DANIEL FREUND

eine europaweit einheitliche Regelung, um Medien und Zivilgesellschaft vor SLAPPs zu schützen. Ein Vorschlag für ein solches Gesetz wurde bereits formuliert, harrt aber noch seiner Durchsetzung.

Ein erster Schritt zum Schutz von Journalist*innen und auch von einer vielfältigen und unabhängigen Medienlandschaft sei immerhin getan, erklärt der grüne EU-Abgeordnete Daniel Freund. Auf der Seite von Aktivist*innen wie Matthew Caruana Galizia kämpft er im EU-Parlament für mehr Medienfreiheit in Europa. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag, der „Media Freedom Act“, soll noch vor den Europawahlen im Juni 2024 verabschiedet werden. Einer seiner Kernpunkte: Die Eigentumsverhältnisse von Medienhäusern müssen offengelegt werden, so dass ersichtlich ist, ob sie von Firmenkonsortien oder staatlichen Stellen kontrolliert werden. Denn tatsächlich ist die Pressefreiheit nicht nur in Malta bedroht, sondern etwa auch in der Slowakei und in Slowenien, in Polen und vor allem in Ungarn. „Mit dem Fall der Mauer und dem Zusammenrücken Europas ist der Eindruck entstanden, dass wir uns um nichts mehr Sorgen machen müssten“, blickt Freund zurück. „Doch demokratiefeindliche Tendenzen sehen wir nicht nur in China oder in den USA, sondern auch mitten in Europa.“

LUXUSYACHTEN UND
DEMOKRATIE-ABBAU – GEGEN
KORRUPTION IN UNGARN

Ein besonders drastisches Beispiel sei die Entwicklung in Ungarn, sagt Freund. „Dort wird die Demokratie seit 13 Jahren systematisch abgebaut. 80 Prozent der nationalen Medien sind mittlerweile unter der Kontrolle von Regierungschef Viktor Orbán.“ Doch nicht nur sie werden von der Regierung vereinnahmt. „Orbán hat im Land systematisch alle Möglichkeiten ausgeschaltet, sich ihm in den Weg zu stellen: zunächst die Justiz, dann die Medien. Sein nächster Schritt war, große Teile der Wirtschaft in Besitz seines Clans zu bringen. Derzeit ist er dabei, seinem Machtapparat auch den Einzelhandel und die Telekommunikationsunternehmen einzuverleiben. Nirgendwo in der EU schreitet das Zusammenspiel von Korruption und einer Unterwanderung demokratischer Prinzipien schneller voran.“ Schlimm sei auch, so Daniel Freund, dass dieser Demokratieabbau von der EU mitfinan-

ziert werde: Mit 49 Milliarden Euro ist Ungarn eines der größten Netto-Empfängerländer der EU; mindestens 25 Prozent dieser Gelder, sagt Freund, würden zum Abbau der Demokratie und der Bereicherung des Orbán-Clans missbraucht.

Doch ein erster großer Erfolg im Kampf gegen das System Orbán ist Freund und anderen Parlamentarier*innen geglückt: Eine 2021 verabschiedete Verordnung gibt der EU die Möglichkeit, Geldtransfers in Länder einzufrieren, in denen demokratische Prinzipien gefährdet sind. Seit Dezember 2022 gelang es auf diesem Weg, fast 28 Milliarden Euro an EU-Geldern zu blockieren, die für Ungarn bestimmt waren – eine Herzensangelegenheit für den 39-jährigen gebürtigen Aachener: „Wer europäische Werte mit Füßen tritt, bekommt dafür die Quittung aus Brüssel!“, sagt Freund. Sein besonderes Engagement und sein Wissen über effektive Hebel rühren von einer früheren Tätigkeit her: Bevor er 2018 für das Europaparlament kandidierte, leitete er fünf Jahre lang die Europaarbeit von „Transparency International“.

Aus dieser Zeit kennt er auch einen seiner heute wichtigsten Mitstreiter in Budapest, Miklós Ligeti. Der juristische Direktor der ungarischen Abteilung von Transparency International arbeitete bis 2012 bei verschiedenen staatlichen Institutionen, unter



MIKLÓS LIGETI

Der Jurist kämpft seit 2012 bei „Transparency International“ gegen Korruption in seiner Heimat Ungarn. Aktuell ist er juristischer Direktor der Organisation.

Bild: János Pelikán



FRIEDEN

8. Mai 1945 – der Zweite Weltkrieg in Europa endet. Ein Kontinent liegt in Trümmern. Das unfassbare Leid des Krieges und des Holocaust lässt den Wunsch nach einem neuen Europa reifen: einem Europa der Versöhnung und des Friedens. Diese Idee bildet das Fundament der Europäischen Union – bis heute. Seit mehr als 75 Jahren herrscht Frieden zwischen den EU-Ländern, 2012 erhielt die Gemeinschaft den Friedensnobelpreis. Heute verbinden noch 32 Prozent ihrer Bürger*innen die EU mit Frieden* – der Wert ist zuletzt gesunken. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und der Krieg im Nahen Osten in Folge des terroristischen Hamas-Angriffs auf Israel stellen die EU vor große Herausforderungen: Sie muss solidarisch zu Partnerinnen und Partnern in der Welt stehen, die brutal angegriffen werden und sich verteidigen müssen. Sie muss für ihre Werte – wie Freiheit und Menschenrechte – eintreten. Und sie muss ihre Bürger*innen schützen. Die Grünen setzen sich deshalb für ein selbstbewusstes Europa ein, das mit einer Stimme spricht, das seine Sicherheitspolitik europäisch koordiniert und auf Vorbeugung und die zivile Lösung von Krisen und Konflikten setzt – mit militärischen Maßnahmen nur als Ultima Ratio.

*Eurobarometer, Juni 2023

DEMOKRATIE

Wo noch vor wenigen Jahrzehnten Diktaturen herrschten, sind freie Wahlen und freie Meinungsäußerung heute gang und gäbe. Die EU ist ein Ort der Demokratie – und das schätzen die Europäer*innen. 89 Prozent von ihnen wollen, dass die Mitgliedstaaten Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie achten.* „Den Demokratieraum EU müssen wir aber jeden Tag verteidigen“, sagt Sergey Lagodinsky, grüner Abgeordneter und stellvertretender Vorsitzender im Rechtsausschuss des Europaparlaments (EP). „Wir Bündnisgrüne kämpfen im EP gegen Angriffe auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, für den Schutz von Minderheiten, für eine stärkere Rolle des gewählten Parlaments, und für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und die Anwendung unserer europäischen Gesetze in allen 27 Mitgliedstaaten.“ Das bedeutet manchmal auch: Klare Kante zeigen. Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, soll nicht gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.

*Eurobarometer 2022-2023

Propaganda in Ungarn – für Victor Orbán und gegen Migranten (Bild von 2018). Bei Wahlen dominieren die Botschaften von Orbáns Fidesz-Partei den öffentlichen Raum. Wie die Süddeutsche Zeitung berichtet, ist es extrem schwierig für die Opposition, überhaupt an vernünftige Plakatflächen zu kommen – der Markt ist fest in der Hand von Fidesz-Oligarchen.



SCHLUSS MIT GEWALT GEGEN FRAUEN

Es ist bittere Realität: Eine von drei Frauen in der Europäischen Union hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren. Nun ist die EU der „Istanbul-Konvention“ beigetreten – ein großer Erfolg für die Grünen im EU-Parlament, die dafür jahrelang gestritten haben. Das Übereinkommen ist ein umfassendes und wirksames Rechtsinstrument, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen. Es ist als völkerrechtlicher Vertrag bindend für alle Staaten, die es ratifiziert haben. Es erkennt an, dass Gewalt gegen Frauen eine Verletzung ihrer Menschenrechte darstellt. Die 81 Artikel der Konvention enthalten umfassende Verpflichtungen zur Prävention, aber auch zum Schutz von Opfern und zur Bestrafung von Täter*innen. In Deutschland ist die Konvention seit 2018 rechtsgültig, doch mehrere EU-Länder haben sie bis heute nicht ratifiziert. Künftig könnte die EU-Kommission Mitgliedsstaaten sanktionieren, wenn diese gegen die Konvention verstoßen.

anderem dem Justiz- und dem Innenministerium, zuletzt auch unter der Orbán-Regierung. Dann wechselte er die Seiten. Der Grund: „Die starren hierarchischen Strukturen und die Engstirnigkeit in diesen Behörden“, erinnert sich Ligeti. Die Fälle, die er mit dem Team der NGO ans Licht brachte, hätte er sich in dieser Drastik kaum träumen lassen. Luxusyachten und Privatjets, Jagdrefugien oder ganze Schlossanlagen in Besitz von Regierungsmitgliedern, die sich all das allein auf Grundlage ihrer Gehälter niemals hätten leisten können, aber auch übersteuert eingekaufte Corona-Impfstoffe aus China oder ein mit EU-Geldern geförderter Baumwipfelpfad, dessen zugehöriger Wald inzwischen abgeholzt wurde, markieren nur die Spitze des Eisbergs. Ligeti und seine Mitstreiter*innen haben es sich zum Ziel gesetzt, die Hintergründe solcher Skandale zu recherchieren und die Verflechtungen wirtschaftlicher Player mit dem Orbán-Clan aufzudecken. Besonderer Fokus ihrer Arbeit: die Auswirkungen, die solche Korruptionsfälle auf das Funktionieren des Staates und das gesellschaftliche Zusammenleben im Ganzen haben.

Doch während dramatische Enthüllungen in Ligetis Anfangsjahren auch in Ungarn selbst noch ein gewis-

ses Medienecho gefunden und Reaktionen von staatlichen Stellen provoziert hatten, werden sie heute von offizieller Seite nur noch mit einem Achselzucken quittiert. „Im Land selbst haben wir inzwischen den Eindruck, es ist völlig egal, was wir herausfinden“, berichtet Ligeti. Die Zusammenarbeit mit EU-Abgeordneten wie Daniel Freund bleibt eine der wenigen Möglichkeiten, auf Missstände aufmerksam zu machen und auf Konsequenzen hinzuwirken. „Aktivist*innen wie Miklós Ligeti sind für uns enorm wichtig“, erklärt auch Freund. „Wir sind auf deren Informationen angewiesen; sie sind quasi unsere Augen und Ohren. Ich selbst verstehe mich als Bindeglied zwischen ihnen und der EU: Ich nehme ihre Impulse auf und arbeite daran, sie in die europäische Gesetzgebung einfließen zu lassen.“

MÜNDIGKEIT UND MÜLLVERMEIDUNG – FÜR EIN RECHT AUF REPARATUR

Gegen die Eindämmung derart dramatischer Entwicklungen nimmt sich das Ziel, für das Katrin Meyer kämpft, vergleichsweise harmlos aus – allerdings nur auf den ersten Blick. Denn auch das Recht auf Reparatur, oder besser, dessen Verlust, der über Jahrzehnte hinweg fast unbemerkt vonstatten ging, berührt ein Grundrecht – das Recht auf Achtung des Eigentums: „If you don't fix it, you don't own it“ lautete schon beim Ursprung der Reparaturbewegung in den USA die Parole“, erklärt die 31-jährige Aktivistin, die die Geschäftsstelle des Vereins „Runder Tisch Reparatur“ leitet. „Uns wird die Mündigkeit im Umgang mit unserem Besitz genommen, wenn wir nicht selbst entscheiden können, ob wir ein defektes Produkt ersetzen oder es

„Durch den Einsatz der Aktivist*innen ist eine regelrechte Reparatur-Bewegung entstanden.“

ANNA CAVAZZINI

Bild: picture alliance / NurPhoto / Michal Fludra



GREEN DEAL –
ABER GERECHT

Es steht außer Frage: Wenn die Klimawende gelingen soll, muss sich auf unseren Straßen und in unseren Gebäuden etwas ändern. Hier greift nun der neue Europäische Emissionshandel: Das Fahren oder Heizen mit fossilen Brennstoffen wird also teurer. Deshalb haben sich die Grünen im Europaparlament für einen Klima-Sozialfonds der EU stark gemacht – mit Erfolg: Das 65-Milliarden-Euro-Paket soll ab 2026 bedürftigen Haushalten und Kleinunternehmen bei der Transformation helfen und finanzielle Belastungen abfedern. Den grünen Abgeordneten war es besonders wichtig, dass der Fonds auch Investitionen in langfristige Mobilitätsprojekte und Gebäudesanierungen ermöglicht – und dass nationale Klima-Sozialpläne gemeinsam mit NGOs und lokalen Akteur*innen erarbeitet werden. Auch wenn der Fonds weiter aufgestockt werden muss, ist er ein wichtiger erster Schritt hin zu dauerhaft günstiger Energie und Mobilität für Europäer*innen.



KATRIN MEYER

leitet die Geschäftsstelle des Vereins „Runder Tisch Reparatur“ und arbeitet am Auf- und Ausbau eines flächendeckenden Reparatuer*innen-Netzwerks.

reparieren möchten. Genau das wird heute aber erheblich erschwert: Ersatzteile sind unverhältnismäßig teuer, Reparaturen kostenaufwändig und an vom Hersteller lizenzierte Werkstätten gebunden. Oder das Produktdesign macht eine Reparatur praktisch unmöglich.“

Der Kampf für das Recht auf Reparatur ist Meyers Lebensthema. Fieberhaft arbeitet sie an der Etablierung einer neuen Reparaturkultur in Deutschland und dem Auf- und Ausbau eines flächendeckenden, auch den ländlichen Raum umspannenden Reparatuer*innen-Netzwerks. „Das größte Problem haben wir bei Elektrogeräten. Reparaturmöglichkeiten und auf Langlebigkeit ausgelegte Produkte fehlen aber auch bei Möbeln, Kleidung oder Schuhen. Auch hier wollen wir ein Umdenken anstoßen. Denn wir verschwenden wir Unmengen an Ressourcen, wenn wir Vorhandenes nicht ausdauernder nutzen.“

Nicht umsonst ist der „Aktionsplan Kreislaufwirtschaft“ Herzstück des „European Green Deal“; er beinhaltet eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel, dass Produkte, die in Europa auf den Markt kommen, künftig auf Langlebigkeit und Reparierbarkeit hin konzipiert sein sollen. Mit der Marktmacht der europäischen Ver-

braucher*innen hat ein solches Vorhaben wesentlich mehr Nachdruck, als wenn nur einzelne Länder Hersteller zu Veränderungen bewegen wollten. Der grünen EU-Abgeordneten Anna Cavazzini ist es ein besonderes Anliegen, diese Pläne als Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz voranzutreiben – gerade im Hinblick auf Klimaschutz und Müllvermeidung. „Ich selbst hatte einen fast neuen Kühlschrank, bei dem die Plastikklappe des Gefrierfachs abbrach“, erzählt sie. „Als ich den Schaden reklamierte, wurde mir statt einer neuen Klappe ein neuer Kühlschrank geliefert. Das hat mir klar gemacht, wie wichtig es ist, hier umzusteuern“. Drei Jahre lang drängte Cavazzini bei der Europäischen Kommission auf eine entsprechende Gesetzesinitiative, sie initiierte einen Parlamentsbericht und versuchte in unzähligen Gesprächen, Vereinbarkeiten auszuloten zwischen Produktdesign und Herstellungsprozessen auf der einen und einer besseren Reparierbarkeit auf der anderen Seite. „Ich habe mit vielen Unternehmen gesprochen: In der Theorie war keines wirklich dagegen; auf meine konkreten Vorschläge aber haben viele Verbände erst einmal negativ reagiert.“

Doch ihr Einsatz trägt Früchte: Noch vor den Europawahlen 2024 soll ein Gesetz verabschiedet werden, das Hersteller weitgehend dazu verpflichtet, Geräte innerhalb der Garantiezeit kostenlos zu reparieren anstatt sie auszutauschen. Für bestimmte Produkte, etwa Waschmaschinen oder Smartphones, soll eine Verpflichtung zur Reparatur auch nach Ablauf der gesetzlichen Garantie gelten. Ein Erfolg für Cavazzini und ihre Mitstreiter*innen ist zudem die im Juli verabschiedete EU-Batterie-Verordnung. Sie schreibt vor, dass Akkus von Smartphones und Leichtfahrzeugen austauschbar sein müssen.

Hürden für ein wirklich umfassendes Recht auf Reparatur liegen allerdings nicht nur im Gesetzgebungsverfahren der EU. „Bei meinen Gesprächen habe ich festgestellt, dass Unternehmen oft gar nicht mehr wissen, welche Details ihres Produktdesigns einer Reparierbarkeit im Weg stehen. Deshalb ist für mich auch der von den Netzwerken vermittelte Kontakt zu Reparatuer*innen so wichtig, die aus der Praxis heraus ganz genau sagen können, wo die Probleme liegen“, sagt Cavazzini. „Daneben aber leisten Aktivist*innen wie Katrin Meyer noch einen viel wertvolleren Beitrag: Durch ihren Einsatz ist eine regelrechte Bewegung entstanden, sie haben es geschafft, viel mehr Menschen für dieses Thema zu sensibilisieren. Der Rückhalt in der Bevölkerung ist inzwischen so groß – wenn das Gesetz zur Abstimmung kommt, traut sich kaum jemand, dagegen zu stimmen.“ Im EU-Parlament zeigte sich das bereits: Das Recht auf Reparatur fand dort breite Unterstützung.

Bild: Mark A. Philipps



FREIHEIT UND
MENSCHENRECHTE

Erasmus in Schweden, Traumjob in Frankreich, zur Rente nach Spanien: Werden Europäer*innen gefragt, was sie mit der EU verbinden, so lautet die häufigste Antwort: die Freiheit, innerhalb der Union zu leben, zu studieren und zu arbeiten wo man möchte.* Auch Informations-, Versammlungs- und Religionsfreiheit erachten wir innerhalb der EU als selbstverständlich. Diese Rechte zu schützen ist zentrale Aufgabe der EU. Und das darf nicht an ihren Außengrenzen enden. „Die Menschenrechte sind weltweit bedroht“, sagt Hannah Neumann, grüne Abgeordnete und Vize-Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im EU-Parlament. „Als Grüne streiten wir umso energischer für Menschenrechte – und für den Schutz derjenigen, die sie verteidigen. Zum Beispiel fordern wir einen einfacheren Zugang zu EU-Visa für Menschenrechtsverteidiger*innen – und drängen auf den Entzug von Handelsprivilegien für Länder, die Menschenrechte mit Füßen treten.“ Auch setzen sich die Grünen für eine Migrationspolitik der Humanität und Ordnung ein. Ein humaner Umgang mit Geflüchteten und Migrant*innen ist oberstes Gebot. Die Lage an den EU-Außengrenzen ist unhaltbar – das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben!

*52 Prozent, Eurobarometer Juni 2023

VIelfalt

27 Landeskulturen und 24 Sprachen gibt es in der EU, dazu mehr als 60 Regional- und Minderheitensprachen. „In Vielfalt geeint“ – das Motto der Europäischen Union bringt klar zum Ausdruck: Die Diversität der Kulturen, Erfahrungswelten und Perspektiven in Europa ist ein Schatz, den es zu bewahren gilt. Und es gibt Verbesserungsbedarf, denn Vielfalt bedeutet auch Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Die zentralen Anliegen der Grünen: Die Benachteiligung von Frauen in vielen Lebensbereichen muss ein Ende haben, ihre Perspektive muss Eingang in alle Entscheidungsprozesse finden. Menschen dürfen nicht mehr aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Religion Diskriminierung erfahren. Und die Freizügigkeit innerhalb der EU muss auch für Menschen mit Behinderung gelten.

VON GERO GÜNTHER

DAS GROSSE GANZE

„Europa ist ein Wunder“

20 Jahre lang saß Daniel Cohn-Bendit im Europäischen Parlament, abwechselnd für die französischen und deutschen Grünen. Als einer der weltweit wichtigsten Köpfe der Studenten- und 68er-Bewegung verkörperte er schon zuvor eine Denk- und Lebensweise, die über die Nationalstaaten hinausweist. Wir treffen den 78-Jährigen in einem französischen Café in Frankfurt-Bornheim.

Dany, was haben das EU-Parlament und eine Wohngemeinschaft gemeinsam? Du gehörst zur ersten Generation, die in WGs lebte.

Eine WG zwingt dich dazu, dich mit deinen Mitbewohner*innen intensiv auseinanderzusetzen. Das ist manchmal schwieriger, als man glaubt. Im EU-Parlament ist das ganz ähnlich. Du musst auf die anderen eingehen, wenn du Politik machen willst.

Du bezeichnest die EU gerne als Wunder.

Meine Eltern haben mich im Juni 1944 gezeugt, kurz nach der Landung der Alliierten in der Normandie. Wenn man denen damals gesagt hätte, dass es 25 Jahre später zwischen Deutschland und Frankreich offene Grenzen geben würde, hätten sie gesagt: ‚Du spinnst ja.‘ Ja, für mich ist Europa ein Wunder. Das heißt nicht, dass alles super gut funktioniert, aber dieses Europa hat sich durch sämtliche Krisen so bewährt, dass es heute eine Selbstverständlichkeit ist.

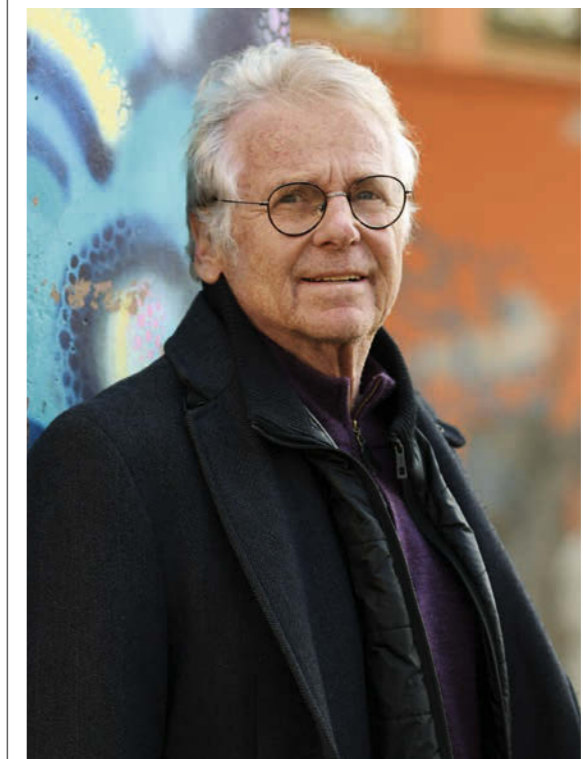
Deine Biografie ist eng mit der europäischen und der deutsch-französischen Geschichte verknüpft.

Mein Vater war ein bekannter linker Anwalt. Nach dem Reichstagsbrand 1933 flüchteten meine Eltern, beide Juden, nach Paris. Später versteckten sie sich in Südfrankreich. Mein Bruder, der 1936 geboren wurde, ist Franzose geworden. Ich wurde 1945 geboren, und weil meine Eltern eigentlich vorhatten, in die USA oder nach Israel zu gehen, haben sie es versäumt, mich zum Franzosen erklären zu lassen. Bis zu meinem 13. Lebensjahr war ich staatenlos. Mein Vater ging 1950 zurück nach Deutschland, meine Mutter und ich folgten ihm, als er krank wurde. Kinder von Verfolgten mussten damals nicht zur Bundeswehr. Vermutlich bin ich der einzige Mensch, der Deutscher wurde, weil er keinen Wehrdienst leisten wollte. Als ich 1968 der französischen Regierung als Sprachrohr der Studentenbewegung unliebsam geworden war, konnte man mich einfach ausweisen. Formal gesehen war ich eben Deutscher. Heute bin ich Deutscher und Franzose.

Aber ich habe keine wirkliche nationale Bindung. Beim Fußball bin ich eher für Frankreich, aber weiter geht das nicht.

Dein Sprung ins EU-Parlament war quasi vorbestimmt.

Meine politische Karriere folgte einer Logik, in die auch die Zwischenstation in Frankfurt passt, wo ich Stadtrat für multikulturelle Angelegenheiten war. Meine erste Kandidatur für das Europaparlament wurde aber von Problemen begleitet. Wir befanden uns im Bosnienkrieg und ich hatte auf einem Sonderparteitag der deutschen Grünen einen Antrag gestellt, der eine Militärintervention befürwortete. Man konnte, so meine Position, doch nicht zulassen, dass es mitten in Europa KZs gab, dass Frauen vergewaltigt wurden und wir bloß zuschauen und Sanitäter*innen schicken. Ich wurde als Kriegstreiber ausgebuht und deshalb wollten mich viele nicht mehr auf der Europaliste sehen. Damals war ja auch Joschka Fischer noch gegen den Militäreinsatz. Er brachte eine Klausel ein, dass wir einen solchen befürworten würden, wenn etwas wie Auschwitz drohte. Selbst dafür wurde er ausgepiffen und regelrecht fertig gemacht. Als Außenminister rückte Joschka später angesichts der Massaker von Srebrenica von seiner Position ab. Ihm ist es zu



DANIEL COHN-BENDIT

geboren 1945, saß von 1994 bis 2014 im EU-Parlament. Seit 2002 war er Co-Fraktionschef der europäischen Grünen. Weil er die Studentenrevolten mit anführte, wurde er 1968 aus Frankreich ausgewiesen. Er lebt in Frankfurt.



DIE NATUR SIEGT

Der 12. Juli 2023 ist ein besonderer Tag in Straßburg. Von einer „Sternstunde des EU-Parlaments“ schreibt später die Süddeutsche Zeitung. Die Stimmung ist aufgeheizt angesichts der Debatte um das Renaturierungsgesetz. Die grünen Abgeordneten hatten im Vorfeld bis zur Erschöpfung dafür gekämpft, die EVP-Fraktion hatte es erbittert torpediert – gemeinsam mit Rechtspopulist*innen. Am Ende steht ein denkbar knapper, aber umso wichtiger Sieg: für das Gesetz, die Natur und für die europäischen Grünen. Zwölf Stimmen machen den Unterschied aus im Straßburger Plenum. Ein Meilenstein. Denn hier geht es ums Ganze: um gesunde Ökosysteme, unsere Luft zum Atmen, sauberes Wasser, fruchtbare Böden, ein erträgliches Klima. Das Gesetz zielt darauf ab, europaweit zerstörte Lebensräume zu revitalisieren, etwa indem Flüsse renaturiert, Fichtenplantagen in Wälder verwandelt und Städte begrünt werden. Es ist unerlässlich, um uns besser vor Dürren, Bränden, Flutkatastrophen und Ernteaussfällen zu schützen. Das Gesetzesvorhaben schreitet voran: Kurz vor Redaktionsschluss im November erzielte das Verhandlungsteam des Parlaments eine Einigung mit den EU-Staaten. Die Grünen kämpfen dafür, dass das Parlament dieser Einigung nun zustimmen wird.

„Ideologische Standfestigkeit ist oft einfach nur Borniertheit.“

DANIEL COHN-BENDIT

verdanken, dass wir Grüne den weltpolitischen Realitäten klar ins Auge sahen.

Was sich heute ja in einer glasklaren Linie gegenüber dem russischen Angriffskrieg niederschlägt.

Ja, und Putin hat mit seinem Krieg erreicht, dass auch die EU in dieser Frage nun geschlossener auftritt als zuvor.

Seit dem brutalen Überfall der Hamas auf Israel steht die EU vor ihrer nächsten großen Herausforderung.

Es ist schrecklich, dass erst nach dem Progam vom 7. Oktober die Zweistaatenlösung wieder im Zentrum der Debatte steht. Es wird nun auch auf die EU ankommen, ob eine Lösung gefunden wird, die längerfristig tragbar ist. Die EU muss alle diplomatischen und finanziellen Anstrengungen unternehmen, um einen lebensfähigen palästinensischen Staat mit zu ermöglichen.

Die Grünen setzen konsequent auf europäische Lösungen. 1994, als du zum ersten Mal ins EU-Parlament gewählt wurdest, gab es aber noch grüne Europa-Skeptiker*innen.

Besonders für diejenigen, die eine Vergangenheit in kommunistischen Gruppen hatten, war die EU ein kapitalistisches Projekt.

Ich habe das stets anders empfunden und war auch früh für die Gemeinschaftswährung. Für mich war der Euro etwas Handfestes, in dem sich die Überwindung der Nationalstaaten praktisch niederschlug. Kein Projekt der Eliten, sondern eine Riesenchance, aber natürlich auch ein Wagnis. Die Deutschen hatten mit ihrer starken Mark ja einiges zu verlieren. Dass Kohl und Mitterand den Euro in der Gemengelage der deutschen Wiedervereinigung durchsetzen konnten, war ein absoluter Glücksfall.

Du warst 20 Jahre lang Abgeordneter und lange auch Fraktionschef der grünen Europa-Fraktion. Was hat dich daran gereizt?

Im Europäischen Parlament lernst du mit politischen Individuen zu reden, die einen komplett anderen Hintergrund und eine ganz andere Geschichte als du selbst haben. Eine schwedische oder französische Grüne haben Gemeinsamkeiten, aber eben auch vieles, was sie voneinander unterscheidet. Und das gilt ja für das ganze Parlament. Das ist absolut faszinierend. Als EU-Parlamentarier musst du extrem offen kommunizieren. Es ist ein ständiger Austausch. Und ich hab gelernt, eine wahre Vermittlungsmaschine zu sein.

Obwohl du ja auch als sehr impulsiver Mensch giltst.

Ich kann schon ausflippen. Aber ich war eben auch als Vermittler bekannt. Ich habe mal eine Bosnien-Resolution zusammen mit Otto von Habsburg entworfen, CSU-Politiker und Spross des letzten Kaisers von Österreich-Ungarn. Darin haben wir einen deutlichen Militäreinsatz gefordert. So eine Form der Zusammenarbeit gibt es nur im EU-Parlament. Jede Resolution, jede Direktive muss eine Mehrheit finden.

Kompromissbereitschaft passt für viele nicht ins Bild des Aktivist*innen.

Mich beschäftigt die Frage, wie man Mehrheiten verändern kann. Man muss nicht immer recht behalten. Dinge verändern sich. Ich hatte nie Angst, meine politische Identität zu verraten, weil ich mit dem einen oder der anderen Kompromisse schließe. Als mir Macron ein Ministerium anbot, habe ich aber abgelehnt, weil das einfach nichts für mich ist, die Regierungsentscheidungen immer mittragen zu müssen. Da brauchst du eine Selbstdisziplin, wie sie Joschka hatte oder Robert Habeck jetzt hat. An Roberts Stelle wäre ich schon hundertmal ausgeflippt.

Welche Rolle spielte die grüne Fraktion in deiner Zeit als Fraktionsvize?

Wichtig war beispielsweise unser Einsatz bei der EU-Osterweiterung. Die grüne Fraktion war ein Ideengeber, der gehört wurde. Wir konnten sehr viele unserer Vorschläge in den Umlauf bringen. Weil sie kreativ waren und wir Leute quer durch die Fraktionen ansprachen. Jedes Mal, wenn wir ideologisch wurden, standen wir schnell am Rand. Es ist eben ein Balanceakt.

Auch wenn du immer wieder forderst: „Vergesst 68!“ Was können wir heute von der Revolte, an der du so zentral beteiligt warst, lernen?

Dass Gesellschaften plötzlich aufbrechen und unglaubliche Möglichkeiten sich unerwartet auftun. Aber auch, dass man sich schnell überschätzt. Dass ideologische Verengungen ganz fatal sein können. Das gilt ja nicht nur für die RAF, sondern für diese ganzen K-Gruppen: Diese ganzen Irrsinnssvereine, die Pol Pot oder die chinesische Kulturrevolution toll fanden. Ideologische Standfestigkeit ist oft einfach nur Borniertheit. Man sollte sich eben auch immer selbst hinterfragen, und diese Bereitschaft zeichnet eine Partei wie die Grünen aus.

Du hast in deiner langen Karriere immer die Zuversicht ausgestrahlt, dass die Dinge auch gut ausgehen können.

Gut ausgehen müssen. Wir dürfen nicht verzweifeln. Natürlich ist es derzeit schwierig, etwa an eine positive Wende im Nahostkonflikt zu glauben, aber was bleibt uns anderes übrig, als alles daran zu setzen, eine Lösung zu ermöglichen? Es gibt da einen jüdischen Witz: „Wenn du nur zwei Möglichkeiten hast, wähle stets die dritte.“ Diejenige, die erst noch erfunden werden muss. Die sollte man mit großer Zuversicht wählen.



BYE, BYE KABELSALAT

Wie schon man das Klima und gleichzeitig auch die Nerven der Menschen in ganz Europa? Ganz einfach: indem man sie vom Kabelsalat befreit. Ab 2024 dürfen Hersteller neue Modelle tragbarer Elektrogeräte – etwa Handys, Tablets oder Kopfhörer – nur noch mit einem Einheitsladekabel (USB-C) verkaufen. Dann können alle Geräte mit dem gleichen Kabel geladen werden. Mehr als zehn Jahre wurde um dieses Gesetz gerungen, die EU bietet damit unter anderem Apple die Stirn. Die Grünen im Europäischen Parlament kämpften besonders dafür, dass Verbraucher*innen zukünftig die Wahl haben, ob sie ein neues Gerät mit oder ohne Ladekabel kaufen möchten. Rund 11.000 Tonnen Elektroschrott fallen aktuell jährlich allein durch Ladegeräte an – eine Zahl, die durch das Gesetz deutlich sinken dürfte.

ANZEIGE

ANZEIGE

Weil Klimaschutz Investitionen braucht

Baue mit ver.de Deutschlands erste nachhaltige Versicherung auf.



ver.de
BESSER
nachhaltige
Sicherheit

*Nach Zulassung der BaFin

Eine Versicherung von Menschen für Menschen.
Jetzt Mitglied werden
& Klima schützen.

Wir laden Deutschland

Willkommen im EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland





GEGEN
VERBRECHEN AN
DEN
AUSSENGRENZEN

Wir erleben an Europas Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind Misshandlungen ausgesetzt, werden zurückgewiesen, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert oder sie werden in Seenot ihrem Schicksal überlassen. Insbesondere Berichte über illegale „Pushbacks“, und über die Beteiligung der Grenzschutzagentur Frontex daran, erschütterten die Europäische Union. Die Grünen im EU-Parlament konnten durchsetzen, dass die/der Grundrechtsbeauftragte von Frontex gestärkt wird und 40 Grundrechtsbeobachter*innen die Frontex-Einsätze überwachen – ein wichtiger Schritt gegen willkürliches Vorgehen. Mit ersten sichtbaren Ergebnissen: Der frühere Frontex-Chef Fabrice Leggeri musste nach verschiedenen Skandalen zurücktreten und im Parlament gibt es eine dauerhafte Frontex-Kontrollgruppe.

**Straßburg
streamen**

Ist das politische Alltagsgeschäft in Brüssel und Straßburg zu dröge für intelligente TV-Unterhaltung? Keineswegs: Die Grimme-Preisgekrönte europäische Politsatire „Parlament“ karikiert die Europäische Union mit französischer Nonchalance, ohne sie in Frage zu stellen. Unser Autor war Anfang des Jahres beim Dreh der Serie in Straßburg dabei.

Ja, es gibt ein junges engagiertes demokratisches Europa. Es arbeitet diskret abseits der Öffentlichkeit. 1.400 akkreditierte Assistent*innen im Europäischen Parlament besorgen die Kärnerarbeit für die Abgeordneten. Klingt konspirativ und unsexy. Aber wenn der französische Filmemacher Noé Debré diese jungen „Arbeitsbienen“ in der Serie „Parlament“ Politik machen lässt, ist das neu, wohltuend anders und sehr lustig. Debré, Regisseur und Chefautor in einem europäischen Autor*innenkollektiv, unterläuft Erwartungen. Es gibt keine Skandalisierung, nicht die üblichen Machtspielchen à la „House of Cards“. Debré erzählt den Plot aus der Perspektive von Samy, der sich als Assistent des absolut ahnungslosen französischen Abgeordneten Michel Specklin im komplizierten Arbeitsalltag des EU-Parlaments zurechtfinden muss. Der ambitionierte Neuling Samy merkt bald, dass ju-

gendlicher Elan, Überzeugung und Fleiß alleine nicht reichen, um im EU-Parlament Dinge ins Rollen zu bringen. Komplex sind die Fraktionen, die Themen, die Tragweite der Entscheidungen. Man macht Politik für knapp 450 Millionen Menschen.

Weil Samys Chef Specklin Berichterstatter im Fischerei-Ausschuss ist, kommt es gleich in Staffel eins dazu, dass Samy zum Einstand eine Vorlage erarbeiten soll, die das lukrative Shark Finning – das Abtrennen der Rückenflossen von Haien – im EU-Raum verbieten soll. Samy macht es zu seinem Projekt, und weil er fleißig ist, begeht er alle Fehler gleich am Anfang. Etwa den, naiv dem lebenswürdigen Guido zu vertrauen, der als Lobbyist auf eigene Rechnung arbeitet. Wirklich sehenswert sind die Treffen mit dem rätselhaften Eamon, der als allwissendes Orakel erscheint. Er verkörpert den Stoizismus, den man als EU-Beamter benötigt, und er zeigt dem Frischling, wie man Anträge durchbekommt und Mehrheiten organisiert.

Es braucht einen souveränen Filmemacher wie den mit einer Palme in Cannes dekorierten Franzosen Noé Debré, der diese story about the EU – die im Grunde eine Hommage ist – in der Balance hält. Und einen politisch interessierten Kopf, der sich über die US-Dominanz bei Politserien wundert: „Ich bin immer wieder erstaunt, dass wir offenbar kollektiv ein besseres Verständnis von US-Institutionen haben als von unseren eigenen“, sagt Debré. „Warum? Weil es US-Serien wie ‚House of Cards‘ und ‚West Wing‘ gibt, aber nichts Vergleichbares über unsere eigenen Institutionen.“ Auch das zeigt „Parlament“: dass eine Serie



Bilder: WDR mediagroup GmbH, Sabrina Paries



Beim Dreh in Straßburg: Regisseur Noé Debré (links) und Hauptdarsteller Xavier Lacaille (Samy)

über das vielsprachige Europa vielfältiger und komplexer sein kann, als die gewohnte US-zentrierte Sicht auf die Welt.

Der Erfolg gibt Debré Recht: Die erste und zweite Staffel gewannen einen Grimme-Preis. Weil die Serie landläufige Klischees zwar grotesk überdreht, Politik aber gerade nicht zu platt inszeniert. „Wahlkampf interessiert uns nicht“, sagt Debré. „Uns interessiert der Gesetzgebungsprozess. Der Alltag. Büroarbeit. Politik, wie sie nebenbei auf den Korridoren, im Lift verhandelt wird. Wir interessieren uns für Politik, das Parlament ist für uns nicht Kulisse!“ Beim Dreh in Straßburg spricht er auch über unterschiedliche Temperamente – in der Serie und im Produktionsteam. France.tv, Westdeutscher Rundfunk und BeTV aus Belgien haben das Projekt finanziert. In Frankreich, wo ungleich heftiger über Politik diskutiert wird, amüsiert sich das Publikum über den französischen Abgeordneten Specklin und seine zelebrierte Unsicherheit, Faulheit und Inkompetenz. In Deutschland undenkbar, erzählt Noé Debré: „Die Leute vom WDR, so habe ich gelernt, kümmert es wenig, wenn ein deutscher Charakter gemein ist, so lange er als kompetent erscheint. Aber es beunruhigt sie, wenn man die Deutschen als machtlos und inkompetent darstellen wollte. Tatsächlich spielt sich im Europäischen Parlament eine sehr intensive Konfrontation unterschiedlicher politischer Kulturen ab.“

Deutschland wird in der Serie etwa von einer Politikberaterin verkörpert, gespielt von Christiane Paul, die weiß, wie man Interes-

sen durchsetzen kann. Martin Brambach, bekannt aus dem Dresdner Tatort, ist als christdemokratischer EVP-Vorsitzender besetzt. Am Set in Straßburg bereitet er sich, Stöpsel in den Ohren, meditierend auf den Dreh vor – in einer improvisierten Umkleidekabine, die von einer Empore aus einsehbar ist. Das Budget für die Serie ist knapp. Einziger Luxus ist der Drehort: das Parlamentsgebäude als Originalschauplatz. „Ein Privileg, hier zu drehen“, sagt Brambach.

Letztlich gelingt es der europäischen Co-Produktion, diesem institutionell unfertigen Europa das Beste entgegenzustellen, was wir haben: den inspirierenden Idealismus junger Leute, womit gleichsam Schauspieler*innen als auch Regie und die Mädels und Jungs im Filmteam und von der Produktion gemeint sind.

Lässt sich in der Fiktion etwas lernen über Politik, gar grüne Politik? Mindestens wird man gut unterhalten. Debré und sein Team zeigen den Politikbetrieb alter Schule – Faulpelz Specklin lässt sich rumschubsen, bis er versehentlich Parlamentspräsident ist –, aber sie zeigen eben auch, wie es idealerweise laufen kann: Samys ambitionierte neue Chefin pusht den Shark-Finching-Antrag zum „Blue Deal“, einem umfassenden EU-Meeresschutzprogramm. Zum Ende der zweiten Staffel hat es Samy geschafft. Er wird ernst genommen.

Info: Die TV-Serie „Parlament“ ist eine belgisch-französisch-deutsche Co-Produktion. Seit 2020 sind drei Staffeln erschienen. Alle Folgen sind derzeit in der ARD-Mediathek abrufbar.

ANZEIGE

grüne SACHWERTE
ökologische Geldanlagen

**Ab 1.000 Euro digital
in Solarparks investieren!**

Mehr Infos
und aktuelle
Produkte

Ihr Partner für ökologische Geldanlagen

Investieren Sie jetzt in die Energiewende!

✓ Wirtschaftlich attraktiv ✓ Ökologisch sinnvoll

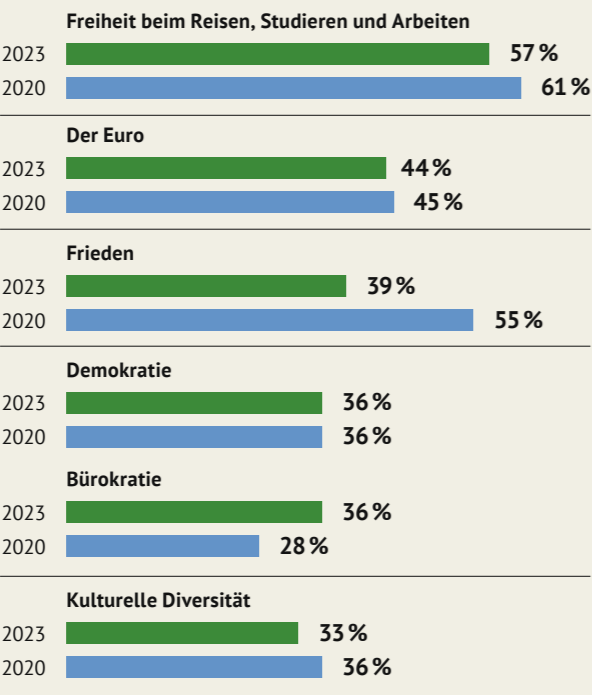
Infos: T. 0421 - 59 64 79 60 · www.gruene-sachwerte.de



FRAUEN AN DIE VERHANDLUNGSTISCHE

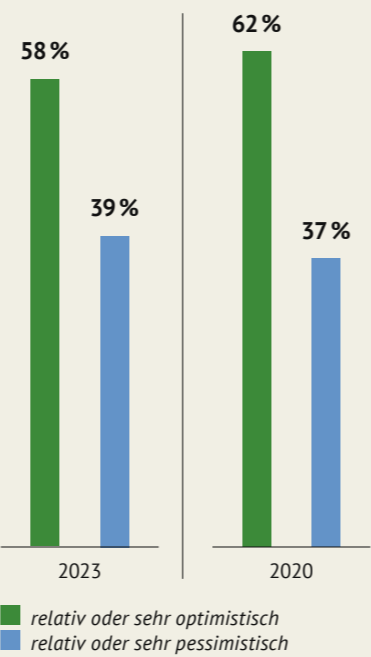
Ernüchternde Wahrheit, auch im Jahr 2023: Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik ist weltweit immer noch eine Männerdomäne. Dabei gibt es zahlreiche Belege dafür, dass Friedensabkommen länger halten, wenn Frauen an den Verhandlungen beteiligt sind – und dafür, dass Gesellschaften friedlicher sind, wenn Gleichberechtigung herrscht. Die Grünen im Europäischen Parlament haben feministische Außenpolitik daher fest in der EU-Politikagenda verankert. So wurden zentrale grüne Forderungen in den „Gender Action Plan“ der EU-Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes aufgenommen. Er sieht vor, dass mindestens 50 Prozent der Managementposten in EU-Institutionen mit Frauen besetzt werden. Bis 2025 sollen zudem 85 Prozent aller neuen Projekte, die EU-Außenbeziehungen betreffen, zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen. Besonders setzten sich die Grünen auch dafür ein, das Kabinett der EU-Botschafterin für Gleichstellung und Vielfalt im Europäischen Auswärtigen Dienst personell aufzustocken – mit Erfolg.

GRAFIK 1
WAS BEDEUTET DIE EU FÜR SIE PERSÖNLICH?



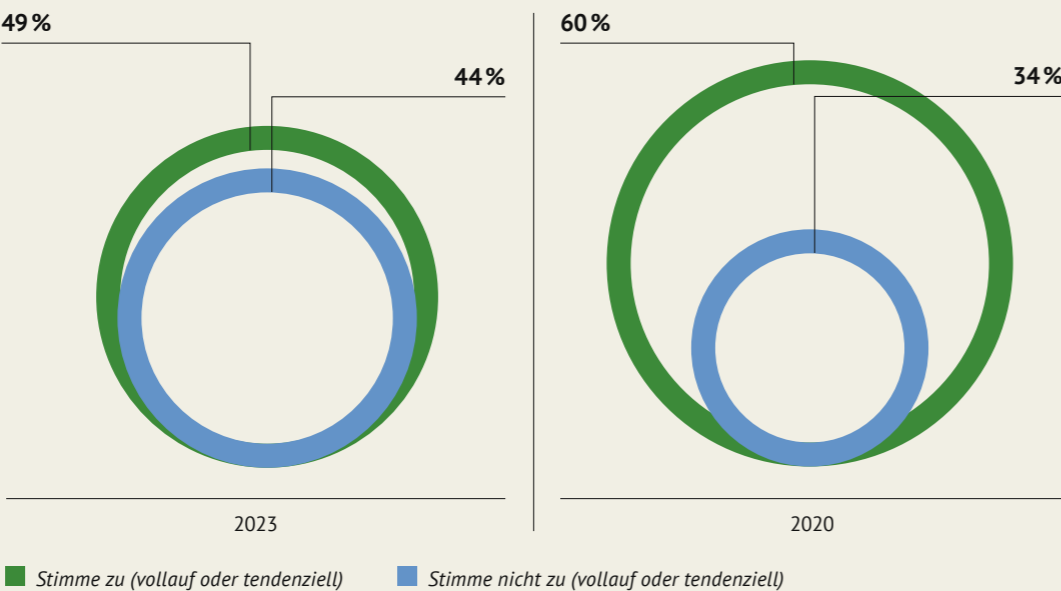
Quelle: Eurobarometer 02/06 – 20/06/2023 und 10/07 – 26/08/2020, Ergebnisse für Deutschland. Abgebildet sind die meistgenannten Antworten. Mehrfachnennungen waren möglich.

GRAFIK 2
MIT WELCHEM GEFÜHL BLICKEN SIE IN DIE ZUKUNFT DER EU?



Quelle: Eurobarometer 02/06 – 20/06/2023 und 10/07 – 6/08/2020, Ergebnisse für Deutschland. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht

GRAFIK 3
SOLLTEN AUF EU-EBENE MEHR ENTSCHEIDUNGEN GETROFFEN WERDEN?



Quelle: Eurobarometer 02/06 – 20/06/2023 und 10/07 – 26/08/2020, Ergebnisse für Deutschland. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht

Deutschland und Europa – ein Stimmungsbarometer

Wie blicken die Deutschen im Jahr 2023 auf die Europäische Union? Ein Gespräch mit Rasmus Andresen, Sprecher der deutschen Grünen im Europäischen Parlament, über die Stimmung im Land in Bezug auf die EU.

Wenn du an die Europäische Union denkst, was verbindest du – ganz persönlich – mit ihr?
Ich bin in Flensburg, in der Nähe der dänischen Grenze aufgewachsen, als Teil der dänischen Minderheit. Das hat mich sehr geprägt. Dadurch hatte ich immer eine starke Verbindung zu Europa, zu Themen wie Binationalität oder Grenzüberschreitungen – im wahrsten Sinne des Wortes. Für Menschen, die so grenznah wohnen, sind die Vorteile der EU vielleicht noch präsenter als anderswo in Deutschland. Manchmal sind es kleine Erlebnisse, in denen Europa spürbar wird. Als Kind bin ich oft mit meinen Eltern nach Dänemark zum Softeisessen gefahren. Das wurde natürlich leichter, nachdem Dänemark dem Schengen-Raum beigetreten war. Diese Reise- und Bewegungsfreiheit verbinde ich stark mit der EU – und wenn ich noch zwei weitere Schlagwörter nennen darf: Frieden und Wohlstand.

Reisefreiheit, der Euro und Frieden sind Aspekte, die die Deutschen besonders oft mit der EU in Verbindung bringen. Was sich aber im Vergleich der Jahre 2020 und 2023 zeigt: Nur noch 39 statt 55 Prozent der Befragten verbinden die EU mit Frieden (siehe Grafik 1).
Frieden war immer ein zentrales Thema der EU – und ist es natürlich auch heute noch. Doch der russische Angriffskrieg bedeutete eine massive Zäsur, die bei den Bürger*innen Ängste geweckt hat. Nun kommt noch der Krieg im Nahen Osten infolge des Hamas-Angriffs auf Israel hinzu. Umso wichtiger ist es, dass die EU nun zusammensteht und wir das größte Friedensprojekt der Geschichte weiter entschlossen vorantreiben. Das tun wir auch, indem wir jetzt Beitrittsgespräche mit der Ukraine ins Auge fassen.

Braucht die EU eine neue Vision, ein neues Schlagwort, um ihr Profil zu schärfen?
Wir sind da gerade mitten in einem Aushandlungsprozess: Welche Rolle soll die EU in der Welt einnehmen? Wichtige Akteure und Partner wie die USA sind nicht mehr so stabil und verlässlich wie früher. Gleichzeitig müssen wir uns gegenüber China behaupten. Klar ist, dass die EU als globale Akteurin wichtiger wird, auch friedenspolitisch. Dafür braucht die EU aber auch die Kompetenzen, entschieden handeln zu können...

...über die sie gerade noch nicht verfügt.
Wir Grüne möchten dieses Thema unbedingt voranbringen. Die EU muss handlungsfähiger werden. Ich denke da an die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat statt Einstimmigkeit und daran, dass das EU-Parlament das Recht erhält, Gesetze vorzuschlagen.

Dass auf EU-Ebene mehr Entscheidungen getroffen werden sollen, wünschen sich im Vergleich zu 2020 aber aktuell deutlich weniger Menschen, wie Grafik 3 zeigt.
Wir erleben gerade sehr unsichere Zeiten. Erst die Pandemie, jetzt die Kriege. Es ist nicht überraschend, dass die Bürger*innen verunsichert sind und sich Viele, als ersten Impuls, wieder einen starken Nationalstaat wünschen – einfach aus dem Gefühl heraus, dass man sich in Krisenzeiten zuerst um sich selbst kümmern möchte. Aber ich bin davon überzeugt, dass es sehr viele Bürger*innen gibt, die sehen, dass dieser Impuls nicht zu einer Lösung führt. Zudem gibt es Menschen, die sich ein starkes Europa wünschen, die aber gleichzeitig frustriert sind, weil wir bei Entscheidungen von der Zustimmung von Autokraten wie Viktor Orbán abhängig sind. Deshalb müssen wir weg vom Prinzip der Einstimmigkeit. Wir müssen die Demokratie der EU von innen heraus stärken.



AUCH DAFÜR KÄMPFEN DIE EUROPÄISCHEN GRÜNEN

Es geht um noch mehr. Dies sind weitere Schwerpunkte und Erfolge der grünen EU-Abgeordneten in der aktuellen Legislaturperiode:

EU-Haushalt zukunftsfest machen mit Investitionen
Den Grünen gelang es, im Haushalt der EU zu verankern, dass mindestens 30 Prozent des Gesamtbetrags für Klimainvestitionen ausgegeben werden. Auch für die Biodiversität gibt es nun klare Zielvorgaben.

Globale Infrastruktur
Mit der „Global Gateway“-Strategie fördert die EU Investitionen in die Infrastruktur von Partnerländern, etwa in Afrika, Lateinamerika und Asien. Die Grünen haben die Strategie wesentlich mitgestaltet – und für einen Fokus auf Nachhaltigkeit gesorgt.

Verbraucher*innenschutz im Internet
Kredite im Internet können mit hohen Kosten verbunden sein, die nicht immer klar ersichtlich sind. Die Grünen kämpften erfolgreich dafür, dass eine neue EU-Richtlinie Verbraucher*innen besser davor schützt.

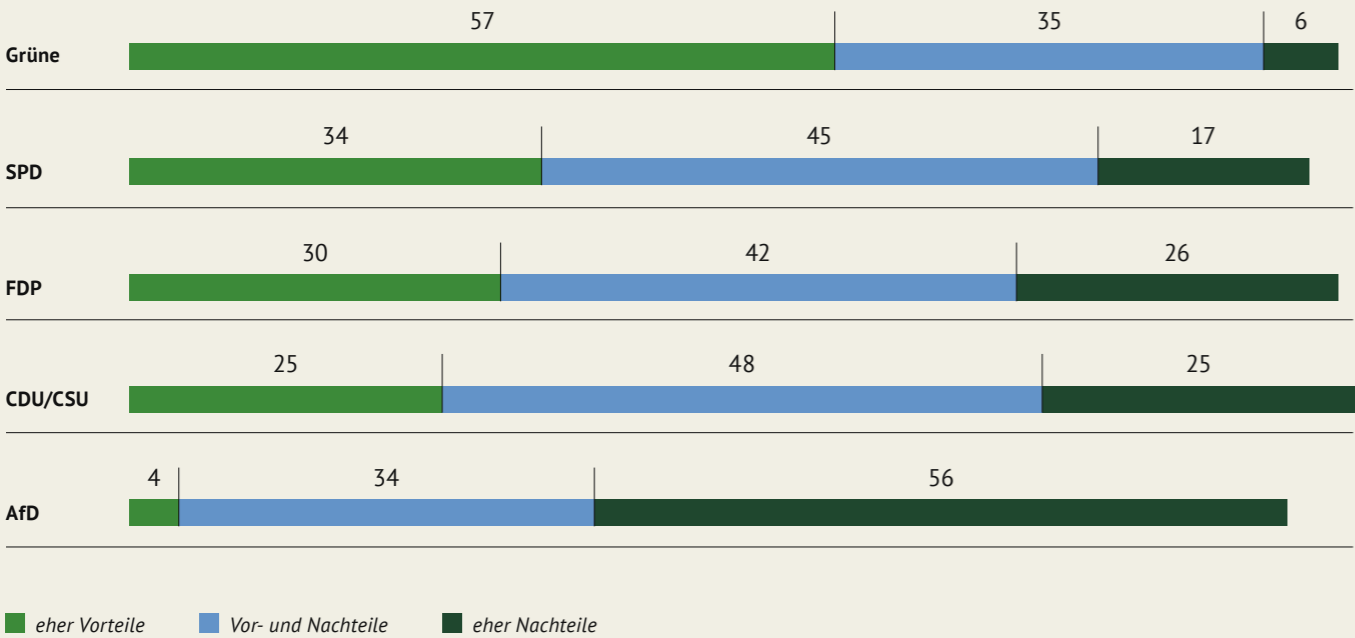
Kampf gegen Rassismus
Die Grünen setzten sich erfolgreich dafür ein, eine Anti-Rassismus-Koordinatorin in der EU-Kommission zu etablieren – und die Position mit einer Person zu besetzen, die selbst Rassismus erfahren hat. 2021 wurde die Finnin Michaela Moua ernannt.

Meeres- und Artenschutz
Das EU-Parlament hat auf Initiative der Grünen für eine stärkere Meeres- und Artenschutzpolitik gestimmt. Dadurch kam Bewegung in internationale Verhandlungen: So einigten sich die Mitgliedsstaaten der UN auf ein Abkommen zum Schutz der Hochsee.

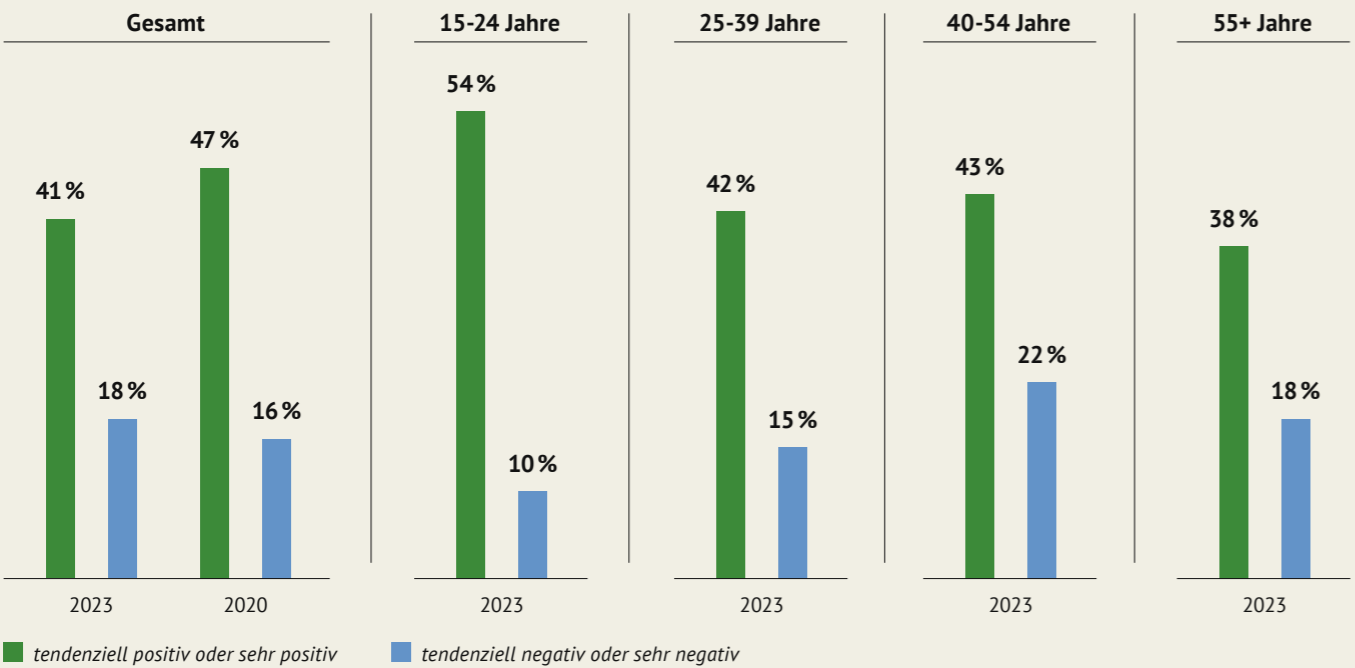
Weltraumschrott verringern
Mit IRIS² plant die EU ein eigenes Satellitensystem für stabile und sichere Kommunikation in Europa. Den Grünen gelang es, verbindliche Kriterien dafür festzuschreiben, die Weltraumschrott und Lichtverschmutzung verringern.

Rettung für Wasservögel
Jedes Jahr starben in Europa mehr als eine Million Wasservögel am Einsatz von Bleimunition. Jetzt verbietet die EU giftigen Bleischrot in Feuchtgebieten – auch dank des engagierten Einsatzes der Grünen.

GRAFIK 4
BRINGT DIE DEUTSCHE EU-MITGLIEDSCHAFT
EHER VOR- ODER NACHTEILE?



GRAFIK 5
WELCHES BILD HABEN SIE VON DER EU?



Wie kann man wieder mehr Menschen für ein starkes Europa begeistern?

Wir müssen vermitteln, was die EU im alltäglichen Leben der Bürger*innen bewirken kann. Sie verändert das Leben der Menschen positiv – das ist vielen nicht bewusst. Dafür müssen wir natürlich konkrete Projekte umsetzen, damit die Bürger*innen diese Veränderung spüren. Da könnte noch viel mehr passieren.

Was könnten das für Projekte sein?

Nehmen wir das Beispiel Mindestlohn. Hohe Inflation macht vielen Menschen zu schaffen, vor allen denen, die besonders wenig verdienen. Die Verabschiedung der Richtlinie für einen europäischen Mindestlohn war ein guter Schritt, diese Menschen europaweit zu unterstützen. Die Richtlinie muss bis 2024 umgesetzt werden, sie schreibt auch eine Tarifbindungsquote von 80 Prozent vor. Das heißt, die allermeisten Beschäftigten in Europa sollen dann nach einem Branchentarif bezahlt werden. Das bedeutet mehr Lohn und bessere Arbeitszeiten. Die Richtlinie bringt

auch in Deutschland perspektivisch die Quote, die derzeit bei unter 50 Prozent liegt, wieder nach oben. Wichtig ist aber auch, dass Empfehlungen konsequent umgesetzt werden. Wenn die EU-Empfehlung, den Mindestlohn auf mindestens 60 Prozent des Medianeinkommens anzuheben, verbindlich wäre, würde der Mindestlohn in Deutschland auf knapp 14 Euro steigen. Das würde effektiven Mindestschutz für Beschäftigte bedeuten.

Was bedeutet all das für euren Wahlkampf im nächsten Jahr?

Wir müssen vermitteln, dass die EU ein Ort ist, wo Lösungen für die großen Herausforderungen gefunden werden, vor denen die Bürger*innen gerade stehen, zum Beispiel auch in der Klimakrise. Hier haben wir ja mit dem European Green Deal schon gezeigt, dass wir gemeinsam nach Lösungen suchen, die auch die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen fördern. Gleichzeitig müssen wir unsere Rolle in der Welt klar definieren. Die EU ist ein Ort, der seinen Bürger*innen Sicherheit bietet – das müssen wir kommunizieren.

In Umfragen dieses Jahr werteten viele Deutsche das Image der Europäischen Union immer noch insgesamt positiv (Grafik 5) und blickten optimistisch in die Zukunft der EU (Grafik 2) – auch wenn die Werte leicht rückläufig sind. Wie zuversichtlich bist du, dass die Mehrheit der Deutschen langfristig hinter dem Projekt EU steht?

Sehr! Vielen Bürger*innen ist bewusst, wie viel Positives eine Mitgliedschaft in der EU mit sich bringt – gerade für die wirtschaftliche, aber auch die soziale Entwicklung des ganzen Landes. Der Brexit hat deutlich gezeigt, dass der Austritt aus der EU kein guter Weg ist. Gerade die Wähler*innen der Grünen wünschen sich, dass die Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Ländern vertieft wird (Grafik 4).

Besonders die Jüngeren stehen der EU positiv gegenüber (Grafik 5). Wie erklärst du dir das? Diese Generation wächst mit einem sehr globalen Mindset auf. Madrid oder Warschau sind für sie weder emotional noch geografisch weit weg. Dazu kommt, dass Themen, die diese Generation sehr bewegen, nicht von einem Nationalstaat alleine gelöst werden können. Wie die Klimakrise, deren Folgen sich auf die Zukunft der Jüngeren stark auswirken wird. Dazu brauchen wir die EU unbedingt.



RASMUS ANDRESEN

Jahrgang 1986, ist Grüner, Schleswig-Holsteiner und seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit 2021 vertritt er als Sprecher der deutschen grünen Europagruppe deren Positionen nach außen und koordiniert die Arbeit zwischen Berlin und Brüssel.

Bild: Alex Flores

HEINRICH BÖLL STIFTUNG



Magazin
Ausgabe
23 – 2
64 Seiten
Okt. 2023

Blendwerk – Der globale Hunger nach Rohstoffen

Der weltweite Bedarf an Kupfer, Kobalt oder Lithium ist riesig, doch die Gewinnung dieser Rohstoffe ist problematisch – für die Natur, die Ökosysteme und den Menschen.

boell.de/thema



Podcast

«Über den Tag hinaus»

Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht tauchen mit ihren Gäst*innen in gesellschaftsrelevante Themen ein und führen Gespräche darüber, wie Veränderung in unserer Gesellschaft tatsächlich stattfindet.

boell.de/podcasts

Unser Newsletter

Jeden Monat. Kostenfrei.
In eure Mailbox.
Jetzt abonnieren!



Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8, 10117 Berlin boell.de

+ Heinrich-Böll-Stiftung
 + boellstiftung boell_stiftung



Europagruppe Grüne

Die folgenden Texte entstanden vor den abscheulichen Verbrechen der Hamas an unschuldigen Frauen, Kindern und Männern in Israel. Wir verurteilen den Terror der Hamas aufs Schärfste! Die Sicherheit des Staates Israel ist uns Verpflichtung.

Wir heißen alle Leser*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE



Europagruppe GRÜNE/
Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
twitter: @gruene_europa
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten:
Aldo Caruso

Danke! 15 Jahre im Parlament

Bis zur Wahl 2024 bleiben nur noch wenige Monate. Für mich steht fest, dass ich bei dieser Wahl nicht mehr kandidieren werde. Meine Entscheidung ist, dass Zeit für Neues ist. Ich blicke voller Dankbarkeit auf drei großartige Amtszeiten als Abgeordnete im Europäischen Parlament zurück, davon sechs Jahre als Fraktionsvorsitzende. 15 Jahre, in denen wir als Grüne/EFA-Fraktion nicht nur gewachsen sind, sondern auch große Erfolge feiern konnten und die Stimme der Klimabewegung von der Straße ins Parlament getragen haben. Dank unseres Drucks hat sich die EU dazu verpflichtet, bis 2030 ein Drittel ihrer gesamten Energie aus Erneuerbaren zu gewinnen. Das EU-Parlament hat den Start eines Verfahrens gegen Ungarn wegen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit gefordert, und wir haben die EU zur „LGBTQI+ Freedom Zone“ erklärt.

„Wir Bündnisgrüne brauchen Europa, um unsere Ideen umzusetzen, und Europa braucht uns für Klimaschutz, Demokratie und Gerechtigkeit.“

In meiner Arbeit im EU-Parlament habe ich mich unter anderem für eine humane Asylpolitik, faire Entwicklungs- und Handelspolitik, mehr Tier- und Umweltschutz sowie den Schutz unserer Ozeane eingesetzt. Ich bin stolz darauf, dass wir auch dank meines Einsatzes eine verschärfte Überwachung der Grenzschutzagentur Frontex erreicht haben und zumindest für einige der 2015 in Griechenland gestrandeten Flüchtlinge eine Perspektive geschaffen haben. Darüber hinaus haben wir im Parlament eine größere Kohärenz in der Entwicklungszusammenarbeit erzielt, vermehrtes Augenmerk auf die Auswirkungen von Handelsabkommen gelegt, für eine Neuordnung für Tiertransporte gestimmt und ambitionierte Schutzziele für die Biodiversität an Land und zu Wasser festgelegt.

Ein großer Dank geht an die Grüne Jugend und die „Federation of Young European Greens“. Dort konnte ich das Politikhandwerk erlernen, Mitstreiter*innen finden und meine Leidenschaft für Europa entdecken. Ich danke auch meinen Landesverbänden Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie allen, die mich bei meinen Kandidaturen für das Europaparlament unterstützt haben, und all jenen, die mir das Vertrauen schenken, unsere Partei im letzten Wahlkampf und die Europäische Grüne Partei in den letzten beiden Wahlkämpfen als Spitzenkandidatin zu führen.

Eins ist in den vergangenen 15 Jahren immer klarer geworden:



Die EU ist nicht nur ein Wirtschaftsbündnis, sondern ein Friedensprojekt. In Krisen, wie der Corona-Pandemie oder dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, können wir nur als Gemeinschaft bestehen.

SKA KELLER

Mehr über meine Arbeit gibt es unter
www.skakeller.de

Sicherheitspolitik Europas Sicherheit

Die Kapazität der EU, ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten oder gar zu globaler Sicherheit beizutragen, ist unterentwickelt. Also müssen wir da mehr tun. Sicherheitsverantwortung umfasst Konfliktverhütung, friedliche Konfliktlösung, friedenserhaltende Maßnahmen, Abschreckung, Unterstützung von Akteur*innen, die Selbstverteidigung ausüben sowie Operationen gemäß internationalen vertraglichen Verpflichtungen. Die Sicherheitsvorsorge darf sich jedoch nicht auf die militärische Dimension beschränken. Wirtschaftliche Sicherheit, Ernährungssicherheit, die Klimadimension als Risikomultiplikator, Cyberrisiken und andere nicht-konventionelle Bedrohungen müssen berücksichtigt werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten, wo immer möglich, mit internationalen und vor allem multilateralen Organisationen wie der NATO und anderen Organisationen zusammenarbeiten. Das Handeln der EU muss sich am Völkerrecht, am Multilateralismus sowie an der Achtung und dem Schutz der Menschenrechte orientieren.

„Die EU muss wesentlich mehr zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Sicherheit beitragen. Heute kann Europas Sicherheit nicht mit, sondern nur gegen Russland erreicht werden.“

In der Vergangenheit haben EU-Länder ihre eigene Sicherheit weitgehend an die USA ausgelagert. Die Zusammenarbeit mit den USA wird weiterhin von zentraler Bedeutung sein, aber die EU muss wesentlich mehr zu ihrer eigenen Sicherheit beitragen. Das Zwei-Prozent-Ziel der NATO sollte als Maßstab für die Bereitschaft genommen werden, die notwendigen Kapazitäten bereitzustellen. Kluge Bündelung und Aufteilung von Ausgaben sind unabdingbar. Heute kann Sicherheit nicht mit, sondern nur gegen Russland erreicht werden. Russlands Aggression gegen die Ukraine ist die größte Herausforderung für die europäische Sicherheit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie muss besiegt werden. Falls die amerikanische Unterstützung für die Ukraine nachlässt, muss Europa mehr bringen. Die EU muss die Sicherheitsinteressen internationaler Partner ernst nehmen. Das bedeutet nicht, dass die EU (oder die NATO) Weltpolizei spielen sollte. Wir müssen jedoch beispielsweise die Afrikanische Union in der Sahelzone, die ASEAN-Länder im Südchinesischen Meer, Japan gegen Nordkoreas Aggressionen oder Indien gegen Chinas Angriffe unterstützen. Wir müssen auch die internationalen Auswirkungen regionaler Konflikte beachten.

Der indopazifische Raum sollte aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung und unseres gemeinsamen Interesses an der Stabilität und dem Frieden in der Straße von Taiwan besondere Aufmerksamkeit erhalten.



REINHARD BÜTIKOFER

Wenn du mehr über dieses Thema und meine Arbeit wissen möchtest, besuche
www.reinhardbuetikofer.eu



Migrationspolitik Asyl in der Krise

Seit 1991 wählt eine Jury das Unwort des Jahres. So lenkt sie den Blick auf Wörter, die die Menschenwürde verletzen, irreführend sind oder stigmatisierend wirken. Das erste Unwort war „ausländerfrei“ – Neonazis wollten Hoyerswerda mit Gewalt „ausländerfrei“ machen. 1993 folgte „Überfremdung“, 20 Jahre und viele Unwörter später wurde „Sozialtourismus“ im Jahr 2013 zum Unwort gewählt. Heute, zehn Jahre später, sind „Sozialtourismus“ und viele andere entsetzliche Begriffe erneut im Zentrum der Aufmerksamkeit. Neu sind die Debatten und die Kampfbegriffe, mit denen sie in ganz Europa geführt werden, nicht. Erstaunlich ist jedoch, dass demokratische Gesellschaften immer wieder und leider zunehmend daran scheitern, die Migrationspolitik anhand von realen Herausforderungen, Erkenntnissen und Möglichkeiten zu diskutieren. Zu schön ist die Illusion einfacher Antworten auf komplexe Fragen, die den Wettbewerb um die schärfste Rhetorik anfeuert. Das Problem besteht jedoch nicht nur darin, dass spalterische Rhetorik Missgunst und Wut in der Gesellschaft schürt. Sie verschärft die Probleme, die sie zu lösen vorgibt. Natürlich kommen die Menschen nicht wegen der Sozialleistungen oder der Seenotrettung, da sind sich Wissenschaft und Praxis einig. Doch je öfter dieser Unsinn wiederholt wird, desto mehr verfestigt sich der Gedanke, wir würden die Menschen einfach zu gut behandeln. Abgesehen von dem Leid und Chaos, die diese Idee anrichtet, sollte uns in den letzten Jahren allen bewusst geworden sein: Die Idee, sie funktioniert einfach nicht! Trotz Massensterbens im Meer, der systematischen Pushbacks und des äußerst schäbigen Umgangs mit Geflüchteten in vielen EU-Staaten kommen die Menschen immer noch. Es gibt schlichtweg genügend Fluchtgründe.

„Und so rennt Europa weiter der Idee hinterher, dass, wenn wir die Menschen nur jeden Tag etwas schlechter behandeln als vorher, sie irgendwann schon aufhören werden zu kommen.“

Dennoch fehlt der Mut, das Scheitern der Abschreckungsideologie einzugestehen. Zu schmerzhaft wäre es anzuerkennen, dass steigende Fluchtzahlen nach Europa in einer Welt mit wachsenden Flüchtlingsbewegungen vielleicht keine Krise darstellen, sondern schlichtweg die Normalität sind, der wir uns stellen müssen. Wir sollten in Integrationsbemühungen und Überzeugungsarbeit investieren. Wir brauchen eine effiziente Steuerung und eine Struktur, die Menschen schnell in die Gesellschaft integriert, anstatt sie über Jahre hinweg auszugrenzen.



Was der EU und Deutschland in der Asyldebatte fehlt, ist keine neue Härte, sondern eine neue Vernunft. Unsere historische grüne Aufgabe in der Migrationspolitik besteht darin, diese Vernunft einzubringen.

ERIK MARQUARDT

Mehr Infos gibt es auf meiner Homepage
www.erik-marquardt.eu



Pestizide Schluss mit dem Gift

Der Europäische Grüne Deal ist das große Versprechen eines nachhaltigeren, lebenswerteren und gesünderen Europas. Im Bereich der Klima- und Energiepolitik konnten wir Grüne wichtige Maßnahmen durchsetzen, die einen Beitrag zu weniger Treibhausmissionen und mehr Energieeffizienz leisten werden. Doch bei Natur- und Artenschutz, der Reduktion von Pestiziden in der Landwirtschaft und bei der Chemiewende sabotiert eine fragwürdige Allianz aus Konservativen, Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen Initiativen für sauberes Wasser, gesunde Böden und giftfreie Lebensmittel. Momentan steht das Verfahren zur Wiederzulassung des Breitbandherbizids Glyphosat sinnbildlich für alles, was in der europäischen Naturschutz- und Agrarpolitik falsch läuft. Glyphosat ist nachweislich umweltschädlich und laut der Weltgesundheitsorganisation wahrscheinlich krebserregend. Trotzdem kann es nach aktuellem EU-Recht zugelassen werden.

Der Einsatz von Pestiziden ist der Haupttreiber für den Verlust von Artenvielfalt. Allein in Deutschland landet Glyphosat auf rund 40 Prozent der Äcker, lässt die umliegende Pflanzenwelt verarmen und alle Ackerkräuter absterben. Die schädlichen Folgen betreffen die gesamte Nahrungskette bis hin zum Menschen. In den letzten 30 Jahren gingen 75 Prozent der Insektenarten und seit 1980 die Hälfte der europäischen Feldvogelbrutpaare verloren. Den größten Schaden richtet Glyphosat im ländlichen Raum an, vor allem zu Lasten der Landwirt*innen.

„Wir Grüne streiten für den gesamten Green Deal: Erneuerbare, Klimaschutz, aber auch sauberes Wasser, gesunde Böden und giftfreie Lebensmittel.“

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass der lückenhafte Zulassungsprozess von Pflanzenschutzmitteln endlich an den Stand der Wissenschaft angepasst und der Pestizideinsatz verringert wird. Wir kämpfen um jeden Millimeter beim Schutz unserer Überlebensgrundlagen, sei es bei den Verhandlungen zum Gesetz zur Rettung der Natur oder der Verordnung zur Pestizidreduktion.

Die Reform der EU-Chemikalienverordnung REACH war der zentrale Baustein der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit, einem der großen Versprechen von Frau von der Leyen. Doch die Reform wird endgültig beerdigt. REACH ist die Grundlage für die Zulassung aller Chemikalien in Europa. Das Verfahren ist derart langsam, dass es Jahrhunderte dauern würde, alle Stoffe auf ihre Gefährlichkeit zu überprüfen. Europa muss die Fehler der Vergangenheit korrigieren und alle Teile des Green Deals umsetzen. Für ein nachhaltiges Wirtschaften

innerhalb der Grenzen des Planeten. Nur mit uns Grünen gelingt der Wandel.



JUTTA PAULUS

Wiederzulassung des Breitbandherbizids Glyphosat: Sinnbild für alles, was in der europäischen Naturschutz- und Agrarpolitik falsch läuft.

Klimaschutz Mission Wohlstand

Die Welt ist in Aufruhr, die Klimakrise drängt, wirtschaftlich findet ein Wettrennen statt. Europa wird in diesen Tagen mehr gebraucht, als je zuvor. Europa ist der Garant dafür, dass wir heute den Wohlstand von morgen sichern.

China und die USA investieren massiv in die klimaneutrale Modernisierung ihrer Wirtschaft. Die EU hat mit dem Green Deal losgelegt, und die Rahmenbedingungen für eine Transformation geschaffen. Der europäische Emissionshandel ist sieben Mal effizienter, als es die Investitionspolitik der USA ist. Dennoch fehlt Europa etwas, was die anderen schon haben: eine strategische Industriepolitik. Um den Anspruch zu verwirklichen, der erste klimaneutrale Kontinent der Welt zu sein, benötigen wir diese dringend. Sie ist die zweite Antriebsstufe, damit die EU von ihrem "Man on the Moon"-Projekt auch ökonomisch profitiert.

„Wenn wir das Klima schützen, schaffen wir gute Arbeitsplätze, saubere Infrastruktur und gerechten Wohlstand.“

Was bedeutet das? Mariana Mazzucato, die berühmte Wirtschaftswissenschaftlerin, hat das in ihrem Buch „Mission Economy“ beschrieben. Bei einer echten Industriepolitik arbeitet das Gemeinwesen gemeinsam auf ein definiertes Ziel hin. In Europa ist dieses Ziel klar: Die gesetzlich verankerte Klimaneutralität des Kontinents bis spätestens 2050. Bis dahin sind dicke Bretter zu bohren, beispielsweise in der Stahl-, Chemie- und Automobilindustrie, die auf umweltfreundliche Technologien umstellen müssen. Wo früher Erdgas verfeuert und raffiniert wurde, wird das zukünftig mit grünem Wasserstoff passieren. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine kohärente Ausrichtung staatlichen Handelns nötig. Förderprogramme, öffentliche Ausschreibungen und die Denkweise von Beamt*innen müssen diesem Ziel folgen. Dieser fokussierte Ansatz führt zu Innovation und Fortschritt. Tausende Ingenieur*innen tüfteln an Lösungen, die heute noch nicht vorstellbar sind. So erneuern und erhalten wir nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, sondern schaffen auch das Fundament für gute Jobs und faire Löhne in der Zukunft – das Fundament für Sicherheit in unsicheren Zeiten.

In den vielen Fonds der EU liegen viele Milliarden, die bisher unkoordiniert ausgegeben werden. Mit einer aktiven Industriepolitik können wir dafür sorgen, dass die innovativsten Produkte der Welt in Europa entwickelt und hergestellt werden. Wir stehen an der Schwelle einer neuen Ära. Die EU hat die Chance, Vorreiterin zu sein und weltweit Maßstäbe zu setzen.



MICHAEL BLOSS

Ich setze mich im EU-Parlament für eine klimagerechte Wirtschaft und eine europäische Industriepolitik ein.

Desinformation Klimalügen STOPPEN

Jede Form von Desinformation über die Klimakrise bremst wirksame Maßnahmen aus. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Öffentlichkeit durch Klimalügen getäuscht wird. Das schmälert den Rückhalt für gemeinsames Handeln. Deshalb engagiere ich mich im Europa-Parlament gegen Desinformation. Die Zeit drängt: Der Weltklimarat hat bereits 2022 in seinem Sachstandsbericht kritisiert, dass Desinformation und die Politisierung der Wissenschaft zu Haupthindernissen im Kampf gegen die Erderwärmung geworden sind.

Die Gefahr geht von vier Seiten aus: Professionelle Akteur*innen der Öl- und Gaslobby organisieren sich seit den 1970er Jahren, da sie sich bewusst sind, dass ihre Emissionen den Klimawandel anheizen. Eine zweite Gruppe sind rechte und rechtsextreme Parteien und Gruppierungen, die Demokratien zerstören wollen. Dies reicht von „White Supremacists“ und fundamentalistischen Christ*innen in den USA bis hin zu Reichsbürger*innen und Querdenker*innen in Deutschland. Die dritte Gruppe sind feindliche staatliche Akteure wie der Kreml oder die chinesische Regierung, die mit dem Klimathema westliche Gesellschaften spalten wollen. Hinzu kommen noch skrupellose Profiteure, die mit Desinformation viel Geld verdienen, denn Empörung sorgt für hohe Klickraten und damit hohe Werbeeinnahmen.

„Durch die Vernetzung der Gruppen im Internet ist es zu einem besorgniserregenden Anstieg von Desinformation gekommen.“

In der Debatte um das Heizungsgesetz haben wir auch in Deutschland erlebt, wie Lügen und Stimmungsmache effektiven Klimaschutz und eine langfristige Senkung der Heizkosten ausgebremst haben. Obwohl in der Bevölkerung weitgehender Konsens darüber besteht, dass der Klimawandel eine existenzielle Bedrohung darstellt und Regierungen Gegenmaßnahmen ergreifen müssen. Wie können wir das wieder auf einer Sachebene geraderücken?

Das Problem sind nicht einzelne Posts, sondern die Tatsache, dass Plattformen Lügen schneller verbreiten als Fakten. Dies geschieht, weil sie darauf ausgerichtet sind, die Verweildauer der Nutzer*innen zu erhöhen und damit Werbeeinnahmen zu steigern. Die negativen Auswüchse dieses Geschäftsmodells hebeln wir nun mit dem historischen Digitale-Dienste-Gesetz aus, das ich mitverhandelt habe: Wir nehmen hiermit die Plattformen in die Verantwortung dafür, wie sie Informationen verbreiten. Die EU-Kommission kontrolliert Big Tech und kann Gegenmaßnahmen einfordern. Ich arbeite aktiv an der Durchsetzung dieses wirksamen neuen Instruments, um Hass, Hetze, Manipulation und auch Klimalügen einzudämmen.



ALEXANDRA GEESE

Ich bin stellvertretende Fraktionsvorsitzende und habe das Digitale-Dienste-Gesetz verhandelt.



Antirassismus Für Menschenrechte

Als erste stellvertretende Vorsitzende des Entwicklungsausschusses und Co-Vorsitzende der AKP-EU-Delegation setze ich mich aktiv für die Rechte von Mädchen und Frauen ein. Ich habe die AKP-EU-Charta gegen Gewalt an Frauen und Mädchen initiiert und bin als Berichterstatterin maßgeblich daran beteiligt, ein Forum zu schaffen, in dem Abgeordnete aus EU-Ländern und afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) Gesetzesfortschritte im Bereich Frauenrechte erarbeiten. Darüber hinaus setze ich mich als Mitglied des Ausschusses für die Gleichstellung der Geschlechter als Berichterstatterin gegen Hassrede und Gewalt ein. Diese Formen von Diskriminierung betreffen nicht nur Migrantinnen und Schwarze Frauen, sondern auch LGBTQI+.

Nein zu Rassismus! Als einzige Schwarze EU-Abgeordnete aus Deutschland engagiere ich mich entschieden für eine Welt, die frei von Gewalt und Diskriminierung ist. Insbesondere die neue EU-Studie zu Rassismus unterstreicht die strukturelle Benachteiligung Schwarzer Menschen in der EU. Als Co-Vorsitzende der so genannten Intergruppe Antirassismus und Diversität im EU-Parlament wurde ich dieses Jahr zum „Congressional Black Caucus“ in den USA eingeladen. Während dieser Reise habe ich die Gelegenheit genutzt, unsere transatlantischen Beziehungen im Bereich Antirassismus durch die gemeinsame Erarbeitung eines Memorandums zu stärken. Ein persönliches Highlight der Reise war die Auszeichnung mit dem Preis „Peace, Diversity and Inclusion“ der Howard Universität und der „Women’s Ambassador Foundation“. Während meines Aufenthalts an der Universität begann auch die von mir initiierte Wanderausstellung „Black People during the Nazi Era (1933 – 1945)“. Diese Ausstellung könnt ihr als Kreisverband oder Einzelpersonen in meinem Lokalbüro anfragen.

„Ich stehe für eine klimagerechte Welt, frei von Gewalt, Rassismus und Diskriminierung.“

Bildung und eine sichere Umwelt sind Menschenrechte! Als Delegationsleiterin von Dienstreisen nach Sambia, Äthiopien, Mosambik und Kenia habe ich eine Vielzahl von Projekten ins Leben gerufen. Ziel dieser Dienstreisen ist es, unsere Partnerschaften mit den Ländern zu stärken, die mit den Auswirkungen des Klimawandels kämpfen. Als Berichterstatterin für Bildung in Entwicklungsländern weiß ich, dass klimabedingte Armut eine der Hauptursachen dafür ist, dass viele Mädchen im globalen Süden frühzeitig ihre Bildung abbrechen müssen.

Frauenrechte sind Menschenrechte, dafür setze ich mich ein.



PIERRETTE HERZBERGER-FOFANA

Ziel von Dienstreisen im EU-Parlament ist es, unsere Partnerschaften mit den Ländern zu stärken, die mit den Auswirkungen des Klimawandels kämpfen.

Dankbar für das Vertrauen: Ricarda Lang und Omid Nouripour wurden bei unserer 49. Bundesdelegiertenkonferenz erneut als Bundesvorsitzende gewählt und Emily Büning im Amt der Bundesgeschäftsführerin bestätigt. Pegah Edalatian und Heiko Knopf bleiben stellvertretende Parteivorsitzende. Neuer Bundesschatzmeister ist Frederic Carpenter.



Machen, was zählt: Engagierte Beiträge und Debatten mit großer Tragweite prägten den Parteitag – sei es über die Terrorangriffe der Hamas auf Israel, den Bundeshaushalt oder die aktuellen Herausforderungen der Migrationspolitik. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck standen Rede und Antwort.



UNSERE LISTE FÜR DIE EUROPAWAHL 2024

1. Terry Reintke

2. Sergey Lagodinsky

3. Anna Cavazzini

4. Michael Bloss

5. Hannah Neumann

6. Martin Häusling

7. Katrin Langensiepen
8. Erik Marquardt

9. Jutta Paulus

10. Daniel Freund

11. Alexandra Geese

12. Rasmus Andresen

13. Anna Peters

14. Niklas Nienäb

15. Viola von Cramon

16. Andie Wörle

17. Anna Deparnay-Grunenberg

18. Jan-Denis Wulff



Was uns schützt: Im Zentrum der Versammlung stand die Europawahl 2024. Wir haben unser Wahlprogramm beschlossen und unsere Europaliste aufgestellt. Ganz oben auf ihr steht: Terry Reintke. Unsere Spitzenkandidatin machte deutlich, worauf es ihr ankommt: „Ein Europa, das Gerechtigkeit nach innen und nach außen lebt“.



Einen Rückblick auf die BDK gibt es unter:
<https://www.gruene.de/artikel/unser-parteitag-in-karlsruhe-machen-was-zaehlt>

19. Janina Singh

20. Viviane Triems

21. Rosa Domm

22. Maximilian Retzer

23. Alexandra Werwath

24. Jürgen Kretz

25. Thea-Helene Gieroska

26. Philipp Mathmann

27. Laura Kroschewski

28. Can Diego Aru

29. Corinna Balkow
30. Dirk-Claas Ullrich

31. Sarah Pscherer

32. Artur Eichin

33. Saskia Zwilling

34. Emil Schenkyr

35. Liliane Viola Pollmann

36. Dave Daniel Pador Sundermayer

37. Isabell Christin Welle

38. Heiner Klemp

39. Michaela Reimann

40. Alexander Rohde

Bilder: Elias Keilhauer, Nils Leon Brauer, Vincent Grundke, picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

„LAND SCHAFFT ZUKUNFT.“ IM HARZ

In der Reihe „Land schafft Zukunft.“ treffen wir uns am 2. März 2024 in Halberstadt im Harz. Das Thema: „Wertschöpfung vor Ort“ – regionale Wirtschaft, lokale Arbeitsbedingungen und nachhaltige Energieversorgung auf dem Land. Alle Infos auf www.gruene.de/artikel/land-schafft-zukunft-wertschoepfung-vor-ort

ONLINE PRÄSENT – KOSTENLOS!

Kostenlose Web-Präsenz für grüne Kandidierende: Mit der „Grünen Web-Visitenkarte“ können sich Kandidat*innen unter Fuer-die-gruenen.de innerhalb von Minuten eine eigene Online-Präsenz aufbauen. Dafür sind keine Programmierkenntnisse nötig!

Die Web-Visitenkarte erhält eine individuelle Sub-Domain nach dem Muster „Name.fuer-die-gruenen.de“. Dort lassen sich die wichtigsten Informationen zur Person und den Arbeitsschwerpunkten präsentieren. Wer mehr Funktionen benötigt, kann die Grüne Web-Visitenkarte von der Betreiberin verdigado eG zu einer leistungsstarken grünen Website ausbauen lassen.

Korrektur: In Ausgabe 3 haben wir Kathleen Lützkendorf als Landtagskandidatin bezeichnet. Tatsächlich tritt sie 2024 bei der OB-Wahl in Jena an.

ANZEIGE

WIR SIND DIE FAIR-GEGENÜBER-JUGENDLICHEN-VERSICHERUNG.

Die PKV legt Geld für höhere Behandlungskosten im Alter zurück. So sind alle Versicherten ihr Leben lang gut versorgt – ohne damit die jüngeren Generationen zu belasten.

Mehr Informationen unter:
www.pkv.de/besser-für-alle

PKV
Verband der Privaten Krankenversicherung

IMPRESSUM

Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift
Nr. 19, ISSN 2509-3193
Postvertriebszeichen: A 02908

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Emily Büning, Politische Bundesgeschäftsführerin
V.i.S.d.P.: Annkathrin Schäfer

Redaktion, Gestaltung, Produktion:
Anzinger und Rasp, München
Redaktion: Johannes Patzig (Leitung), Alexandra Bürger, Gero Günther
Gestaltung: Lukas Millinger

Kontakt Redaktion:
E-Mail: magazin@gruene.de
Redaktion: Das Magazin der Grünen, Triftstraße 13, 80538 München

Stand: November 2023

Anzeigenverwaltung:
Runze & Casper Werbeagentur
Ruth Hansmann
Linienstraße 214, 10119 Berlin
Tel.: 030/28 01 80-145
E-Mail: verlagsservice@runze-casper.de

Druck:
125.000 Exemplare
Dierichs Druck, Kassel, auf 100 % Recyclingpapier.
Den Auflagen von Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz liegen Zeitungen der Landesverbände oder Landtagsfraktionen bei.

Jahresabonnement:
Vier Ausgaben: 11,90 Euro
Bestellung schriftlich an: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1 10115 Berlin

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 15. April 2024.

Lasst uns am Rad drehen, um den Standort zu sichern:

- Arbeitskosten senken
- Genehmigungsverfahren beschleunigen
- Mehr Netto vom Brutto

